Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Mit der illustrirten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt".

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich Abends außer Sonntag mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Große Altefähre 85/87, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4069 a 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfennige, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfennige, auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Morgens in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 58. Sonnabend, den 9. März 1895. 2. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Am Rande des Abgrundes.

Monate lang hat die sozialistische und demokratische Presse auf die Gefahren hingewiesen, welche der Freiheit der Wissenschaft, der Kunst und der Litteratur von Seiten der Umsturzvorlage drohen — es schien Alles so ziemlich unbeachtet zu bleiben. Gelehrte, deren Gehirn mit todtem Wissen zu sehr übermästet ist, als daß sie die lebendigen Erscheinungen der Gegenwart begreifen könnten, wollten in der Umsturzvorlage sogar „Garantien der Freiheit" entdeckt haben. Das Alles aber änderte sich wie mit einem Zauberschlage, als der Zentrums-Staatsmann Rintelen, ein Jurist im gefährlichsten Sinne des Wortes, seinen nunmehr berühmt gewordenen Antrag einbrachte, nach welchem Jedermann, der das Dasein Gottes oder die Unsterblichkeit der Seele leugnet, mit Gefängniß bis zu zwei Jahren bestraft werden soll.

Genieblitze sind aus dem Haupt des Herrn Rintelen bis jetzt unseres Wissens noch nicht gekommen, aber der Antrag hat — wider den Willen seines Urhebers — wie ein erleuchtender Blitz gewirkt. Mit einem Mal sah Jedermann die Gefahr, in der wir uns befinden, Jedermann erkannte, daß wir am Rande eines Abgrundes stehen. Auch die bürgerlichen Vertreter von Kunst, Litteratur und Wissenschaft wußten nun, was dem deutschen Volke genommen werden soll. Da kam jeden Tag ein Protest gegen die Umsturzvorlage und man sah unter den Unterzeichnern die Blüthe des Gelehrten-, Künstler- und Schriftstellerthums der Bourgeoisie. Staats- und ehemalige Bundesräthe schlossen sich an, Künstler, wie Adolf Menzel, Gelehrte wie Virchow und Adolf Wagner, Schriftsteller wie Gustav Freytag und Paul Heyse unterzeichneten ihre Namen und sogar der Hohenzollern-Hausdichter, Ernst von Wildenbruch, veröffentlichte eine entschiedene Erklärung, in der er das radikale und oppositionelle Schriftstellerthum gegen den Vorwurf des Egoismus vertheidigte und sich gegen die Umsturzvorlage überhaupt aussprach, wenn auch nationalliberale Schönfärber das Letztere nunmehr anders deuten wollen. Der bekannte Freiherr von Wolzogen greift aus Anlaß der Umsturzvorlage seine Standesgenossen vom Adel mit äußerster Heftigkeit an und beschuldigt sie, daß sie die Intelligenz und die Bildung des deutschen Volkes unterschätzten, weil sie dieselbe nicht kennen.

Nachdem die Bewegung gegen die Umsturzvorlage einmal in Fluß gekommen, wird sie immer weitere Kreise ziehen und es wird in den nächsten Wochen noch Proteste regnen. Wer sehen und hören will, der kann ohne Mühe erkennen, daß die ungeheure Mehrheit des deutschen Volkes gegen die Umsturzvorlage ist, denn sowohl aus den ultramontanen als aus den nationalliberalen Wählerkreisen sind Kundgebungen gekommen, welche beweisen, daß man dort mit der Haltung der betreffenden Fraktionen ganz und gar nicht einverstanden ist.

Die verbündeten Regierungen könnten nunmehr etwas thun, was von ihrem eigenen Standpunkte aus das Vernünftigste wäre, sie könnten die Umsturzvorlage zurückziehen und so den schönen Spruch des Staatsmannes Köller: „Na, dann nich!" zur Wahrheit machen. Es giebt auch vertrauensselige Leute, welche sich an das Schicksal der Schulgesetzvorlage in Preußen erinnern und meinen, es werde mit der Umsturzvorlage wohl eben so gehen.

So voreilig sind wir nicht. Zwar muß zugegeben werden, daß noch bei keiner Gelegenheit so zahlreiche und so entschiedene Proteste gerade aus jenen Kreise gekommen sind, die von den herrschenden Klassen selbst als ihre geistige Elite betrachtet werden. Aber vielleicht wird bei dieser Gelegenheit gerade einmal die Probe gemacht, wer stärker ist: die geistige Welt mit ihrem großen Hülfsmittel der öffentlichen Meinung oder der Polizei- und Militärstaat mit seinen Säbeln, Bajonetten und Kanonen. Auf die Dauer kann die letztere Gewalt den geistigen Stimmungen nicht Stich halten; ob sie aber im Moment weichen wird, das ist ungewiß und kommt eben auf die Probe an, die jetzt gemacht werden soll.

Daß der Staatsmann Köller keine Lust hat, nachzugeben, das scheint uns von vornherein festzustehen. Er wird auch schwerlich die Konsequenzen übersehen können, die sich ergeben, wenn die Regierungen eigensinnig auf die Umsturzvorlage beharren.

Entweder machen die Kundgebungen und Proteste den beabsichtigten Eindruck auf die Mehrheit des Reichstags und die Vorlage wird abgelehnt, die Regierung hat eine großartige Niederlage zu verzeichnen und ihre Stellung wird sehr erschüttert sein. Oder die Vorlage wird trotz aller Proteste im Reichstage angenommen, und dann tritt alles in Opposition zur Regierung, was sich an den Kundgebungen und Protesten betheiligt hat. Dann hat die Regierung jeden Boden im Volke, jede Fühlung mit demselben verloren. Dinge, an denen es ihr ohnehin gefehlt hat. Gegen ein ganzes Volk kann Niemand regieren, auch nicht Herr von Köller mit seinem „Na denn nich!"

Aengstliche Gemüther glauben, daß in diesem Falle ein „Gewaltmensch" zur Regierung gelangen würde.

Es ist kaum wahrscheinlich, aber wenn ein solcher würde kommen, dann würden seine Bäume noch viel weniger in den Himmel wachsen, als diejenigen des Herrn von Köller.

Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht des „Lübecker Volksbote.")

Berlin, 7. März 1895.

54. Sitzung.

Präsident v. Levetzow eröffnet Nachmittags 1 Uhr die Sitzung.

Am Bundesrathstische: Dr. v. Bötticher, Graf Posadowsky, Bronsart v. Schellendorff.

Die zweite Berathung des Militäretats wird fortgesetzt bei der in letzter Sitzung an die Kommission zurückverwiesenen für die Stelle eines Kommandanten in Altona.

Die Kommission (Berichterstatter Dr. Schaedler, Z.) beantragt, die Stelle zu bewilligen.

Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff erhebt Einspruch gegen die Auffassung, daß er mit seiner neulichen Aeußerung, die Summe von Mk. 7000 sei zu gering, um das Etatsrecht des Hauses anzutasten, hätte sagen wollen, für eine höhere Summe würde er dazu bereit sein. Das hieße das Gewicht seiner Persönlichkeit überschätzen, seine Achtung vor dem Gesetz und den Einfluß des Reichsschatzsekretärs aber erheblich unterschätzen. Er bitte, die Forderung, dem Kommissionsantrage entsprechend, zu bewilligen.

v. Massow (K.) erklärt, daß die zunächst der Bewilligung dieser Forderung entgegenstehenden Bedenken durch die nochmalige Kommissionsberathung vollständig beseitigt sein, seine Freunde würden daher heute für die Forderung stimmen.

Pachnicke (FVg.) bezeichnet die Einstellung dieser Forderung als etatswidrig; es seien auch keine Gründe in der weiteren Kommissionsberathung vorgebracht worden, die ihn und seine Freunde bewegen könnten, von dem ursprünglichen Votum der Budgetkommission abzuweichen.

von Kardorff (RP.) weist demgegenüber darauf hin, daß die Kommission selbst die Gründe des Kriegsministers für Beibehaltung der Stelle mit großer Mehrheit als berechtigt anerkannt habe.

Richter (FVp) kann nicht anerkennen, daß in der zweiten Kommissionsberathung irgend etwas wesentlich Neues für die Forderung vorgebracht worden sei. Man stütze sich nur auf das Vertrauen zu dem Kriegsminister und dem Reichsschatzsekretär. Das sei aber sehr problematisch, so lange kein Minister-Verantwortlichkeitsgesetz bestehe. Wäre die Stelle wirklich so wichtig, wie man es darstelle, dann würde sie die Regierung nicht selbst als künftig wegfallend bezeichnen.

Dr. Lieber (Z.) erwidert, eine Stelle, welche die Regierung früher für entbehrlich gehalten habe, könne sich im Laufe der Zeit sehr wohl als nicht entbehrlich erwiesen haben. Das habe die Mehrheit der Kommission nach den ihr abgegebenen Erklärungen annehmen müssen. Er empfehle die Annahme der Forderung.

Bebel (SD.) macht darauf aufmerksam, daß die Militärverwaltung bereits gesetzwidrig verfahren sei, indem sie die als künftig wegfallend bezeichnete Stellung von Neuem besetzt habe. Es seien auch keine Gründe vorgebracht worden, die eine neuerliche Besetzung rechtfertigen könnten.

Die Forderung wird darauf gegen die Stimmen der Freisinnigen und Sozialdemokraten bewilligt.

Zu dem Titel „Mannschaften", im Besonderen Kommandos, bemerkt

v. Vollmer (SD.): Das heutige System der Beurlaubungen von Soldaten zu Ernte- und sonstigen Arbeiten mache den freien Arbeitern starke Konkurrenz, man möge daher von demselben abgehen. In Bayern zum Beispiel kämen solche Beurlaubungen auch nicht vor.

Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff erwidert, diese Beurlaubungen erfolgten ebenso in anderen Bundesstaaten wie in Preußen. Der Umfang der Beurlaubungen sei eben nicht groß. Die Landwirthe nehmen lieber ländliche Arbeiter als Soldaten, für die sie außer Lohn und Kost noch Reisegeld aufwenden müßten. Träte dann obendrein noch schlechtes Wetter ein, so hätten sie nicht einmal Arbeit für sie.

Freiherr v. Manteuffel (K.) stimmt dem Kriegsminister durchaus zu. So lange die Landwirthschaft einerseits unter dem Arbeitermangel, andererseits unter den gedrückten Preisen leide, sei ihr die Beurlaubung von Soldaten zu Erntearbeiten nur willkommen.

v. Vollmar bezweifelt, daß die freien Arbeiter billiger arbeiteten und fragt an, in welcher Weise die Löhnung der kommandirten Soldaten erfolge.

Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff erwidert, letzteres richte sich nach den örtlichen Verhältnissen; der Durchschnittslohn für Soldaten, die zu Erntearbeiten kommandirt würden, betrage 2,29 Mark. Für ländliche Verhältnisse sei das wohl kein zu niedriger Betrag.

Holtz (RP.) bemerkt, die Landwirthe griffen nur zur Verwendung beurlaubter Soldaten, wenn überhaupt keine freien Arbeiter mehr zu haben seien. Von einer Konkurrenz diesen gegenüber könne daher keine Rede sein.

Der Titel wird bewilligt.

Zu dem Titel „Büreaugeld und zu kleinen Ausgaben" beantragt die Kommission folgende Resolution:

„Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, es möge Bestimmung getroffen werden, daß der erfolgreiche Besuch eines Lehrerseminars die Berechtigung zum Dienste als Einjährig-Freiwilliger in sich schließt."

Abgg Weiß und Gen. (FVp. und FVg.) beantragen dagegen folgende Resolution:

„Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, es möge Bestimmung getroffen werden, a. daß der erfolgreiche Besuch eines Lehrerseminars die Berechtigung zum Dienst als Einjährig-Freiwilliger in sich schließt, b. daß durch die in Aussicht stehende Einführung des Einjährigendienstes der Volksschullehrer und Kandidaten des Volksschulamtes denselben die Berechtigung zur Ableistung des Militärdienstes als Einjährig-Freiwillige nicht entzogen wird.

Weiß (FVp.) weist zur Begründung seines Antrages auf den wiederholt in den Versammlungen der Lehrervereine zum Ausdruck gebrachten Wunsch hin. Dieser Wunsch werde auch fast allseitig als berechtigt anerkannt. In Oesterreich, wo die wissenschaftlichen Anforderungen bezüglich des Einjährig-Freiwilligendienstes viel strenger seien als bei uns, habe man den Volksschullehrern die Berechtigung zu demselben bereits zugestanden.

Staatssekretär v. Bötticher: Das Wohlwollen des Kriegsministers hat diesen veranlaßt, im Staatsministerium die durch die Resolution Weiß angeregte Frage zur Erörterung zu stellen. Entschieden ist sie dort nicht, aber ich darf annehmen, daß sie im Sinne des Vorredners ihre Lösung finden wird. Formell ist die Resolution Weiß allerdings insofern nicht unbedenklich, weil man doch nicht generell ohne Weiteres sagen kann, die seminaristische Ausbildung sei der wissenschaftlichen vollständig gleichwerthig. Die zweite Forderung der Resolution Weiß halte ich dagegen für selbstverständlich. Gewährt man einmal den Volksschullehrern die Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Dienst, so kann ihnen doch dieselbe durch eine Neuordnung ihrer Dienstpflicht nicht entzogen werden.

Rösicke (wild-lib.) empfiehlt trotz dieser Erklärung die Resolution Weiß zur Annahme.

Dr. Lieber (Z.) tritt gleichfalls für den Antrag Weiß ein und hält es nur für rathsam, daß den Lehrern, die ihrer Dienstpflicht genügen müssen, eine Beihülfe von der Unterrichtsverwaltung gewährt werde.

Bassermann (NL.) stellt sich auf den Boden der von der Kommission vorgeschlagenen Resolution, die allen berechtigten Wünschen Rechnung trage.

v. Kardorff (RP.) bittet gleichfalls, sich auf die von der Kommission beantragte Resolution zu beschränken.

Dr. Pachnicke (FVg) glaubt, das Haus werde trotz der vom Staatssekretär von Bötticher geäußerten formalen Bedenken die Resolution der Kommission möglichst einstimmig annehmen

Die Resolution Weiß (FVp.) wird darauf zurückgezogen.

Staatssekretär v. Bötticher bemerkt, seine Bedenken richteten sich nur dagegen, daß man generell ausspreche, die seminaristische Bildung sei der auf den wissenschaftlichen Anstalten erlangten durchaus gleich. Wolle der Reichstag mit Annahme der Resolution nur einen Wunsch aussprechen, so habe er nichts dagegen; es sei ja nur eine Resolution und die thun, wie alle Resolutionen, nicht sehr weh. (Heiterkeit.)

Dr. Lieber hofft, dieser Wunsch des Reichstages, wenn er auch in Form einer Resolution vorgebracht werde, werde bei den verbündeten Regierungen mehr Entgegenkommen finden, als mancher andere.

Werner (Reformpartei) befürwortet die Annahme der Resolution; denn dieselbe werde mit dazu beitragen, das Ansehen des Lehrerstandes zu heben. Letzteres aber sei von der größten Wichtigkeit.

Bebel (S.) erklärt sich, wie im vorigen Jahre, gegen die vorliegenden Anträge, da seine Partei nicht dazu beitragen wolle, das von ihr nicht gebilligte Privileg des Einjährigendienstes zu erweitern.

von Leipziger (K.) erklärt, seine Partei würde für die Resolution der Kommission stimmen.

Dr. Müller-Sagan (FVp.) erwidert dem Abg. Bebel, es handle sich hier nicht um die Schaffung eines neuen Privilegs; den Lehrern solle nur das gewährt werden, was ihnen längst versprochen worden sei.

Die Resolution der Kommission wird darauf gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. Ebenso der Titel, zu dem sie gestellt.

Beim Kapitel „Naturalverpflegung" empfiehlt

von Buol (Z.) eine größere Berücksichtigung des Grundsatzes möglichst direkt bei den Produzenten den Bedarf der Proviantämter zu decken. Man möge sich hier das Vorgehen der baierischen Militärverwaltung zum Muster nehmen, die durch einen Erlaß die Proviantämter angewiesen habe, sich direkt an die ländlichen Genossenschaften zu wenden.

Generalmajor von Gemmingen erwidert, die Kontrolbehörden seien beständig in der vom Vorredner gewünschten Richtung thätig, gleichwohl werde es wohl nicht sobald gelingen, allgemein den direkten Einkauf beim Produzenten durchzusetzen. In ganz kleinen Quantitäten könne eben die Militärverwaltung nicht kaufen. Ein Ausweg böte sich in den vom Vorredner erwähnten Genossenschaften, deren Vertrauensmann den Verkauf abschließen müsse.

Schall (K.) wünscht eine offizielle Auskunft darüber, ob der Bau einer dritten Konservenfabrik geplant sei oder nicht. Er befürchte, daß dadurch nur Arbeiterentlassungen bei den bisher bestehenden Fabriken veranlaßt würden. Bei solchen Entlassungen sollte die Militärverwaltung die zu Entlassenden rechtzeitig davon verständigen, damit sie sich darauf einrichten könnten.

Generalmajor von Gemmingen erklärt, die Absicht, eine dritte Konservenfabrik zu bauen, bestehe bei der Militärverwaltung nicht. Die bisherigen Fabriken genügten doch vollkommen, um den ganzen Bedarf der Armee in Friedens- und in Kriegszeiten zu decken. Wenn Arbeiter entlassen würden, so erfähren sie das rechtzeitig genug, um sich darauf einrichten zu können.

Singer (S.) bemerkt dem Abgeordneten Schall, die Arbeiter und Arbeiterinnen der Militärwerkstätten wüßten genau, daß ihre Interessen von der Sozialdemokratie besser gewahrt würden, als von der Partei des Vorredners. Am besten sorge man für ihr Interesse, wenn man höhere Löhne zahle und dafür Sorge trage, daß Arbeiterentlassungen möglichst vermieden würden.

Der Titel Proviantämter wird bewilligt.

Präsident v. Levetzow: Ich nehme Veranlassung auf einen gestrigen Vorfall zurückzukommen. Wenn hier öfter verletzende Aeußerungen gegen Parteien, Interessengemeinschaften gefallen sind, wie Junker, Pfaffen u. s. w., so ist immer vorausgesetzt worden, daß eine Allgemeinheit, nicht aber bestimmte Personen gemeint waren. Ich habe das immer bedauert, aber mich nicht für im Stande gehalten, der Gewohnheit entgegenzutreten. Ich möchte aber auf keinen Fall, daß diese Gewohnheit weiter um sich greift. Nun hat gestern der Abg. Ahlwardt von jener Licenz einen übermäßigen Gebrauch gemacht, in einer Weise, die mit der Würde des Hauses nicht verträglich ist. Ich erinnere nur an den Ausdruck „Raubthiere", den er anwandte auf die im Deutschen Reiche Bürgerrecht genießenden Juden. Um solchen Vorkommnissen vorzubeugen und den üblen Konsequenzen, die daraus entstehen können, rufe ich den Abg. Ahlwardt nachträglich zur Ordnung. (Beifall.) Ich bin dazu veranlaßt durch eigene Erwägung, nicht durch eine geschäftsordnungswidrige und deshalb von mir gestern zurückgewiesene Bemerkung.

Nächste Sitzung; Freitag 1 Uhr (Fortsetzung der heutigen Berathung.)

Schluß 5¾ Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Aus dem Reichstage. Der erste April steht vor der Thür und der Reichstag muß mit Volldampf arbeiten, um bis zu diesem Zeitpunkt den Etat unter Dach und Fach zu bringen. Wären unsere Genossen nicht im Reichstage, der Etat wäre gewiß schon heute fix und fertig gestellt. Denn die Conservativen und Nationalliberalen, ebenso das jetzt sehr regierungsfreundliche Zentrum, ja selbst die Freisinnigen haben wenig an den von der Regierung gemachten Aufstellungen auszusetzen. Nur die bösen Sozialdemokraten lassen sich das Recht der Kritik, das sie hier bei den einzelnen Etatsdispositionen am bequemsten handhaben können, nicht nehmen und so kommt es, daß bei der Etatsberathung unsere Partei thatsächlich die Debatten beherrscht. Seit einigen Tagen wird der Militäretat berathen und kein Tag vergeht, ohne daß mehrere Male von unseren Genossen das Wort ergriffen wird. Es ist das ja auch ganz natürlich. Der Militarismus, diese fast einzige Stütze unserer schon recht morschen Staats- und Gesellschaftsordnung, diese fast allein noch übrig gebliebene Waffe, welche die herrschenden Klassen noch mit Erfolg gegen das Volk gebrauchen zu können glauben, bietet ja allenthalben den günstigsten Stoff für vernichtende Kritik. Genosse Bebel ließ sich denn auch die Gelegenheit nicht entgehen und machte dem Kriegsminister oft das Leben recht sauer. Er besprach besonders eingehend das Verhalten der Offiziere den Civilisten gegenüber, das in dem Gebrauch der Waffen seinen Ausdruck findet, wenn sich diese „Edelsten der Nation" von einer Bürgercanaille irgendwie verletzt glauben. Er behandelte weiter eingehend die Soldatenmißhandlungen, die trotz aller Erlasse nicht in der Abnahme begriffen sind, und kritisirte das jetzt bestehende Militärgerichtsverfahren und das so eng begrenzte Beschwerderecht der Soldaten. Auch Genosse von Vollmer brachte verschiedentlich Mißstände im Militärwesen zur Sprache, und hatte dabei die Genugthuung, daß seitens des Ministers in promptester Weise Auskunft oder Antwort ertheilt wurde.

Im Namen der Partei hatte Genosse Liebknecht eine alte Forderung unseres Programms, die Umwandelung des stehenden Heeres in ein Milizheer, vertreten. Liebknecht exemplifizirte auf die Schweiz, die sich bei dem Milizsystem sehr wohl befindet und betonte vor Allem, daß allein das Milizheer eine sichere Bürgschaft für den Frieden biete, daß allein auch das Milizheer die Garantie in sich selbst trage, daß es sich als Volksherr fühle und sich nicht gegen das Volk gebrauchen lassen werde. Auf der Rechten suchte man den Antrag mit mehr oder minder guten Späßen zu bekämpfen, aber diese Späße konnten ebensowenig über die Hohlheit der Gegengründe hinwegtäuschen, wie uns die ablehnende Haltung der großen Mehrheit des Reichstags davon abhalten wird, den Antrag von der Tagesordnung verschwinden zu lassen. Heute drehte sich die Debatte hauptsächlich um die Beurlaubung von Soldaten, die regelmäßig im Sommer erfolgt, damit sie den Großgrundbesitzern für billiges Geld bei der Erntearbeit helfen. Genosse v. Vollmar betonte die Konkurrenz, welche diese beurlaubten Soldaten den freien ländlichen Arbeitern machen. Die Junker wehrten sich zwar heftig dagegen, aber es konnte wirklich nur ein mitleidiges Lächeln erregen, wenn sie behaupteten, bürgerliche freie Arbeiter, die für die Erntearbeit brauchbar seien, gebe es nicht und so müßten die nothleidenden Grundbesitzer nothgedrungen zu den Soldaten greifen, die ihnen indeß viel theurer zu stehen kämen, als andere Arbeiter.

Sodann kam die schon aus dem Vorjahre bekannte Resolution des Nürnberger Volksschullehrers und freisinnigen Abgeordneten Weiß zur Erörterung, die für die seminaristisch-gebildeten Lehrer die Berechtigung zum Einjährig-Freiwilligendienst verlangt. Die Resolution wurde mit großer Mehrheit angenommen. Dagegen stimmte nur unsere Partei, und man wird diese Thatsache im Lande gewiß gegen uns auszuschlachten versuchen. Doch die Haltung unserer Genossen war nicht blos von prinzipiellen, sondern auch von praktischen Erwägungen eingegeben. Die Sozialdemokratie betrachtet das Einjährigensystem als das, was es ist, als ein Privileg des Geldsacks, und hat keine Veranlassung, dieses Vorrecht noch mehr auszubilden. Sie hält es weiter nicht für praktisch, daß die Lehrer, die jetzt nur zehn Wochen dienen, so lange ihrem Berufe und der ihnen anvertrauten Kinder entzogen werden. Die Lehrer sollten froh sein, daß sie nur so kurze Zeit zu dienen brauchen, denn als eine Ferienkolonie wird sie die Kaserne und Exercierplätze bisher noch nicht kennen gelernt haben. Das Verlangen nach den Einjährigenschnüren, die ja bekanntlich nicht so billig sind wie sie aussehen, scheint bei den Lehrern aus einer gewissen Eitelkeit heraus entstanden zu sein. Wer den vorjährigen Lehrertag in Stuttgart mitgemacht hat, wird sich den Eindruck kaum erwehren können, daß ein großer Theil unserer Lehrer von einem Eigendünkel besessen ist, der ihnen den Reservelieutenant als Ziel alles Wünschens und Strebens erscheinen läßt.

Der Mittwoch ist Schwerinstag, an dem die Initiativanträge zur Verhandlung kommen. Gestern wurde deshalb die Etatsberathung unterbrochen und die Erörterung der konservativ-antisemitischen Anträge, welche auf ein Einwanderungsverbot, bezw. Ausweisungsrecht der ausländischen Juden hinzielten, fortgesetzt. An ödem antisemitischen Geschimpfe wurde dabei auf konservativer und antisemitischer Seite das Menschenmögliche geleistet. Hatte doch das par nobile fratrum (edle Bruderpaar), Frhr. v. Langen und sein bewährter Freund Ahlwardt, das Wort erhalten. Herr v. Langen, der so oft und reichlich von dem Rektor aller Deutschen Angepumpte, der sich seine Freundschaft wenigstens etwas kosten läßt, hielt sich ja noch in bescheidenen Grenzen. Auf Ahlwardt's Rede aber paßte das Wort Heinrich Heine's: „Jedes Wort war ein Nachttopf — und kein leerer", den er über unsere jüdischen Mitbürger ausschüttete. Und Herr v. Levetzow, dem man zur Erhaltung des guten Ton's erst die Disziplinarbefugnisse verstärkt hat, saß lächelnd da und ließ das Ausschütten des Ahlwardt'schen Kübels ruhig geschehen. Ja, er wurde ganz leidenschaftlich erregt, als der Abg. Richter über die Art der Geschäftsführung sich in einer Bemerkung zur Geschäftsordnung beschwerte. — Erst über Nacht hat Herr v. Levetzow eingesehen, daß er nicht mit zweierlei Maaß messen darf, daß er unseren Genossen Bebel nicht wegen des Ausdrucks „deutsche Bedientennatur" wegen Beleidigung der deutschen Nation zur Ordnung rufen darf, wenn er einem Ahlwardt vollste Schimpffreiheit gewährt. Ueber Nacht hatte sich der Präsident, wie gesagt, besonnen. — Ahlwardt erhielt nachträglich den Ordnungsruf und damit war die heutige Sitzung zu Ende. —

Die Stellung des preußischen Kriegsministers gilt als erschüttert. Als Nachfolger wird der General Wittich genannt. Als Grund gilt die Angelegenheit der Kommandantur in Altona und der Militärstrafprozeßordnung. — Neuerdings wird gemeldet, daß v. Wittich zum Chef des Militärkabinets an Stelle des Generals v. Hahnke ausersehen sei.

Der Termin für die Wahl im Reichstagswahlkreise Weimar-Apolda ist auf den 25. April anberaumt.

Jesuitengesetz. Der Annahme gegenüber, daß in der Frage der Aufhebung des Jesuitengesetz die Entscheidung des Bundesraths noch in diesem Monat bevorstehe, erfährt die „Post", daß sich mit dem Antrage des Grafen Hompesch das preußische Staatsministerium bisher nicht befaßt hat.

Für die Proportionswahl sprach sich mit 63 gegen 19 Stimmen die zweite Württembergische Kammer aus.

Der Rektor der Berliner Universität, Prof. Pfleiderer, erklärt in einer Zuschrift an die „Voss. Ztg.", daß ihm das Umsturzgesetz aus dem doppelten Grunde nicht lobenswerth erscheint, weil es die zu wenig treffe, die es treffen will, und die zu viel, die es nicht treffen will. — Herr Pfleiderer scheint demnach nur für seine eigene Person Deckung haben zu wollen; für das Volk wünscht er den Knebel à la Bismarck.

Im Eisenacher Reichstagswahlkreise kandidirt für uns, wie wir schon gemeldet, Genosse Gustav Pätzold in Eisenach, für die Antisemiten Paul Riemann, Gutsbesitzer in Schenner, für den Bund der Landwirthe Gutsbesitzer Dr. Rösicke. Die Freisinnige Volkspartei hat noch keinen Kandidaten aufgestellt; das Mandat hatte bisher der Freisinnige Casselmann innegehabt.

Eine fürchterliche Drohung stößt das nationalliberale „Leipziger Tageblatt" gegen den Reichstag aus. Weil die Majorität des Reichstages keine Lust hat, am 1. April die Bismarckkomödie mitzumachen, sind alle „gutgesinnten" Blätter fuchsteufelswild geworden. Die Nationalliberalen gebärden sich wie besessen und verlangen von dem Reichstagspräsidenten, er solle trotz der notorischen Abneigung der Mehrheit des Reichstags Bismarck eine Ovation darbringen. Werde dadurch auch ein Skandal provozirt, wozu habe denn der Präsident jetzt die Mittel, die „Skandalmacher" zu strafen? Das „Leipziger Tageblatt" fügt dieser famosen Anregung einer Ordnungsstütze noch folgende gemeingefährliche Bemerkung bei:

„Hat man den Muth zu solchem Handeln nicht, so wird man sich nicht wundern können, wenn die gesammte nationale Presse den Beschluß faßt, keine Silbe mehr über die Verhandlungen dieser Körperschaft zu veröffentlichen. Das wäre die einzig richtige Antwort auf das Schweigen des Reichstags am 1. April, der einzig richtige Grabgesang für eine Körperschaft, die sich selbst begräbt."

Wir brauchen keine Kasernen, wohl aber Irrenhäuser für die wildgewordenen Nationalliberalen.

Zur Tabacksteuer. In Osnabrück ist der Betrieb der Zigarrenfabrikationen wesentlich eingeschränkt worden. Eine große Fabrik hat ihren Arbeitern mitgetheilt, daß fortan nur noch fünf Tage in der Woche gearbeitet werden soll, andere Betriebe haben beschlossen, den Betrieb ebenfalls zu verkürzen, sobald die Tabacksteuer Gesetz werden sollte. Sehr bezeichnend ist ferner die Denkschrift, welche von den Taback- und Zigarrenfabrikanten dem Magistrat übermittelt worden ist:

„Die unterzeichneten Taback- und Zigarrenfabrikanten erklären hierdurch nach Pflicht und Gewissen, daß mit Annahme der §§ 1 und 5 des dem Reichstage vorliegenden Tabackfabrikatsteuerentwurfs dieselben gezwungen sind, für einige Zeit den Betrieb vollständig einzustellen und ihre sämmtlichen Arbeiter, und zwar zum Theil dauernd zu entlassen. Dieselben haben sich verpflichtet, den Magistrat hiervon in Kenntniß zu setzen, damit derselbe in der Lage ist, rechtzeitig Vorkehrungen für den dann unter den hiesigen Taback- und Zigarrenarbeitern ausbrechenden Nothstand zu treffen. Bemerkt sei noch, daß in hiesiger Stadt nach Erhebungen der Taback- und Zigarrenberufsgenossenschaft gegen 240 Arbeiter in der Taback- und Zigarrenindustrie beschäftigt sind und mit den Familienangehörigen mindestens 800 Personen der Stadt zur Last fallen werden."

Meyer's Konversations-Lexikon und die Umsturzvorlage. Im ersten Band von Meyer's Konversations-Lexikon sind in dem Artikel „Atheismus" u. A. folgende Sätze zu lesen: „. . . Falsch aber ist, anzunehmen, daß durch den Atheismus die Sittlichkeit selbst aufgehoben werde und daß ein Atheist folgerichtigerweise ein unsittlicher Mensch werden müsse. Man kann vielmehr behaupten, daß die Beseitigung des Motivs der sittlichen Belohnung oder Strafe die Möglichkeit echt sittlichen Thuns nicht mindert, sondern steigert, denn nur dasjenige Handeln kann für wahrhaft sittlich gelten, bei dem jeder Verdacht selbstsüchtiger Beweggründe entfernt unn der Wille von der Stimme des sittlichen Urtheils allein abhängig gemacht wird. . . Die religiöse Verfolgungssucht hat jedoch die in Rede stehende Begriffsvermischung zu allen Zeiten ausgebeutet, um Gehässigkeit gegen unliebsame Freidenker zu erregen, wie aus der Lebensgeschichte eines Sokrates, Spinoza, der deutschen Philosophen Wolff und Fichte sattsam zu entnehmen ist . . . Wenn trotzdem neuere Naturforscher, sich vielfach im Sinne des Atheismus geäußert haben, so haben sie damit entweder ihrem subjektiven Glaubensbekenntniß Ausdruck gegeben oder sie wollten gegen die rohe Form des theistischen Glaubens protestiren, welcher den Schöpfer in den natürlichen Lauf der Dinge zeitweilig eingreifen läßt, wie der Werkmeister in den Gang der Maschine eingreift." — Wenn der Zentrumsantrag der Umsturzvorlage angenommen wird, ist die sofortige Konfiskation eines Staat, Religion und Sittlichkeit so arg gefährdenden Werkes mit Sicherheit zu erwarten.

Einen biblischen „Umstürzler" stellt folgende Zuschrift an die „Voss. Ztg." vor: „Es geht dem Menschen wie dem Vieh; wie dies stirbt, so stirbt er auch; und haben Alle einerlei Odem; und der Mensch hat nicht mehr denn das Vieh; denn es ist Alles eitel. Es führt Alles an einen Ort; es ist Alles von Staub gemacht und wird wieder zu Staub. Wer weiß, ob der Geist der Menschen aufwärts fahre, und der Odem des Viehes unterwärts unter die Erde fahre?" Falls sich nach Annahme der Umsturzvorlage das Bedürfniß herausstellen sollte, einen Schriftsteller zur Verantwortung zu ziehen oder zu konfisziren, der die vorstehenden Zweifel von der Unsterblichkeitslehre vorgebracht hat, so wollen wir den Denunzianten machen: Es ist der Prediger Salomo, und die Stelle steht Kap. 3, Vers 19—21. Eventuell stellen wir zu der Umsturzvorlage den Unterantrag: „Zweifler an der Unsterblichkeit der Seele bleiben straffrei, wenn sie inspirirte, biblisch-kanonische Schriftsteller sind."

Arme Mädchen. Sie hatte blos Hunger, die hochgradig bleichsüchtige, nicht mehr ganz jugendliche Näherin, die am vergangenen Montag Abend am Schinkelplatz in Berlin von einem Ohnmachtsanfall überrascht wurde. So erklärte wenigstens ihre Begleiterin, die auf den Arme eines der bekannten, in grünes Zeug eingeschlagenen Packete trug, in denen die zur Ablieferung in einen der Bazare der Konfektionsgegend bestimmten Resultate ihres Fleißes verborgen waren. „Der Anfall würde schon vorübergehen!" — Unter dieser Motivirung und mit der Bemerkung, sie müßten die Jackets, welche sie bei sich trugen, unbedingt zur Ablieferung bringen, lehnte die jüngere der Beiden im Namen ihrer Schwester, die ihnen zur Beförderung in ihre Wohnung angebotene Droschke ab. So führten denn die beiden Passanten, welche die zu Boden gesunkene Kranke aufgerichtet hatten, die Mädchen in eine in der Nähe gelegene Stehbierhalle, wo ihnen einige Erfrischungen verabfolgt wurden. Und in der That, die Kranke hatte nur Hunger und erholte sich zusehends. Dabei erfuhren die Herren, die sich ihrer angenommen hatten, daß beide Mädchen seit zwei Tagen keinen Bissen gegessen hatten und daß sie erst diesen Abend, nachdem sie die inzwischen fertiggestellten Jackets abgeliefert haben würden, Geld erwarteten, um sich mit den nothwendigsten Lebensmitteln versorgen zu können. Ihren Namen haben die Beiden nicht genannt, wohl aber ihre Wohnung angegeben und ihre Geschichte mitgetheilt. Auf den Reiz der Neuheit konnte letztere allerdings keinen Anspruch erheben. Sie waren Beide aus Mecklenburg nach Berlin gekommen, weil sie glaubten, in der großen Stadt mehr Geld verdienen zu können. Welche Täuschung! Das Gleiche haben Tausende vor und mit ihnen gedacht, und so wurden die Löhne auf das jetzige Hungerniveau herabgedrückt, zum Leben zu wenig, zum Sterben zu viel. Die Lachenden sind lediglich die Herren, die Käufer der billigen Arbeitskraft. So will es unsere herrliche kapitalistische Gesellschaftsordnung.

Die Getreidepreise und der russische Handelsvertrag. Gegenüber der Behauptung des Grafen Kanitz von der nachtheiligen Einwirkung des russischen Handelsvertrags auf die Getreidepreise stellt die „Köln. Zeitung" Folgendes fest. Als am 20. März 1894 der Weizen- und Roggenkampfzoll gegen Rußland von 7,50 Mk. auf 3,50 Mk. herabgesetzt wurde, stand bekanntlich an der Berliner Getreidebörse der Weizenpreis auf 138,50 Mk., der Roggenpreis auf 119,75 Mk. Ein Jahr später, am 28. Februar 1895, standen diese Preise auf 138,75 Mk. für Weizen und 118,75 Mk. für Roggen. Innerhalb Jahresfrist hat also jene Zollherabsetzung auf den Getreidepreis keinen nennenswerthen Einfluß gehabt, ist also durch diese Zollherabsetzung dem deutschen Landwirth nicht der geringste Schaden zugefügt worden.

Schweiz.

Proportionalwahl. Im luzernischen Kantonsrath hat Genosse Dr. Albisser einen Antrag auf Einführung des proportionalen Wahlverfahrens bei den Richterwahlen gestellt. Der Regierungsrath hat einstimmig beschlossen, bei dem Kantonsrath zu beantragen, der Motion beizupflichten.

Weibliche Studenten. Von den 3454 Studenten, welche im vorigen Jahre an den sieben schweizerischen Universitäten studirten, gehörten 420 dem weiblichen Geschlechte an. Auf die einzelnen Universitäten vertheilten sie sich: Zürich 180 (Gesammtzahl der Studirenden 754), Genf 111 (701), Bern 98 (601), Basel 13 (534), Lausanne 9 (516), Freiburg 0 (247) und Neuenburg 6 (101). Nur 36 von den weiblichen Studenten stammten aus der Schweiz.

Oesterreich-Ungarn.

Budapest. Dienstag hat der große Aufruhrprozeß gegen 65 Angeklagte im Rathhaussaale in Hodmezoevasarhely begonnen. Die Vertheidigung führt Dr. Pollak. In der Verhandlung am ersten Tage wurde konstatirt, daß das Opfer der vorjährigen Unruhen von einem Gendarmen erschossen wurde. Der Vertheidiger

stellte ein Kreuzverhör an mit den beiden Stadtauptleuten, welches ergeben hat, daß die Beschlagnahme r Schriften im Vereine ohne Kenntniß des Inhaltes rgenommen wurde.

Frankreich.

Die Nationalförderation der Arbeitersyndikate richtete an alle Genossenschaften den dringenden Aufruf, an der Kundgebung zum 1. Mai theilzunehmen. In einer Versammlung der Sozialisten wurde der Generalausstand und ein öffentliches Vorgehen aller Gruppen angeregt. Der Generalausstand ist der Traum einiger französischer Sozialisten, an dessen Durchführung niemand ernsthaft denkt.

Rußland.

In Rußland gehen ernste Dinge vor. Das unterliegt keinem Zweifel. So strenge Zensur auch für Telegramme geübt, so scharf der Briefverkehr überwacht wird, ganz läßt sich die Wahrheit doch nicht unterdrücken. Ueber die jüngsten Vorgänge in Petersburg haben wir noch immer keine authentischen Berichte. Alle Briefe, die nicht einen strikt kaufmännischen oder wenigstens geschäftlichen Charakter tragen, werden an der Grenze erbrochen und, wenn sie irgendwie Verfängliches enthalten, verbrannt oder beschlagnahmt. Trotz dieser Vorsichtsmaßregeln sind dem „Vorwärts" folgende Mittheilungen zugegangen, für die er bürgen kann. Die Nachrichten der ersten großen Manifestation in Petersburg — am 21. Februar —, wo bürgerliche Elemente und Arbeiter sich den Studenten sympathisch zeigten und theilweise anschlossen, verbreiteten in ganz Rußland eine lebhafte Erregung. Namentlich die Universitäten wurden ergriffen. Die Studenten von Moskau, die schon früh am 21. Februar die Petersburger Ereignisse kannten, zogen noch denselben Tag über 1000 Mann stark, unter Absingung des schwermüthig-wilden Liedes der „Arbeitergemeinschaft", dessen Text wir demnächst mittheilen werden, hinaus nach dem Kirchhof zu dem Denkmal Puschkin's. Hier sammelte sich die Menge. Die Ereignisse in Petersberg wurden besprochen, in begeisterten Reden die Pflicht der studirenden Jugend betont, an den Seiten der Arbeiter und den liberalen Bürgern für die politische Freiheit und für soziale Reformen zu kämpfen. Die Menschenmasse schwoll immer mehr an — so daß die Studenten bald nur den kleineren Theil der Versammlung bildeten. Diese Theilnahme des Volkes ist das bedeutsame und für die Regierung gefährliche Moment der gegenwärtigen Bewegung. Und die Regierungsorgane sind deshalb auch aufs eifrigste bemüht, diese Thatsache weg-, oder positiv in ihr Gegentheil umzulügen. Sobald der Rektor der Universität von den Vorkommnissen Kenntniß erlangt hatte, begab er sich zu dem Polizeipräsidenten und fuhr mit diesem nach dem Kirchhof, um die Studenten zum Weggehen zu bestimmen. Er sprach freundlich zu ihnen — er drohte — vergebens: die Studenten blieben fest, und die beiden Beamten mußten sich unverrichteter Sache entfernen. Zu gewaltsamen Einschreiten kam es aber nicht. Weder Polizei noch Militär wurde in Bewegung gesetzt. Die Behörden sind offenbar noch nicht klar, wie sie diese Bewegung auffassen und was sie thun sollen. Bis zum 2. März haben die Demonstrationen am Grabe Puschkin's sich alltäglich wiederholt, und zwar unter wachsender Theilnahme des Volkes. Daß die Behörden seitdem eingeschritten seien, davon hat nichts verlautet.

Lübeck und Umgegend.

8. März.

Spiegelfechterei treiben „Lüb. Anz." und „General-Anzeiger". Früher, als der Umsturzwaxwau losging, fanden sie kein Wort der Kritik, sondern hüllten sich in die Toga des Schweigens. Jetzt, wo der Ultramontane Rintelen in logischer Folgerung die Axt an die Wurzel legen will, wo die bürgerlichen Blätter mit Schrecken sehen, daß es auch ihnen an den Kragen gehen kann, gerathen sie in Beserkerwuth, die allerdings bald genug verraucht sein wird. Zur Zeit sind Erklärungen gegen die Umsturzvorlage so wohlfeil, wie Brombeeren tausend gehen auf den Scheffel. Nur Narren können sich durch solche Spiegelfechtereien blenden lassen. Ist das Gespenst verschwunden, welches „Lüb. Anz." und „General-Anzeiger" grauen macht, so werden beide an dem alten Strange der Einlullung ziehen. — „Spiegelberg, ick kenne Dir!"

Testamentsverlesung. In öffentlicher Sitzung des Amtsgerichts ist das Testament des hierselbst verstorbenen Kaufmanns H. Ch. Wachsmuth vom 21. November 1884 verlesen worden.

Testamentsverlesungen. In öffentlicher Sitzung des Amtsgerichts am Montag d. 11. März 1895, Vormittags 11 Uhr werden verlesen werden: 1) das Testament des hierselbst om 17. Februar 1895 verstobenen Schiffskapitäns J. G. Karsten; 2) das Testament der hierselbst am 24. Februar 1895 verstorbenen Sprachlehrerin J. C. W. Amann; 3) das Testament der hierselbst am 26. Februar 1895 verstorbenen Wittwe des Arbeitsmannes J. H. W. Rautenkranz, J. D. Eleonore geb. Boy.

Der Rekursbehörde in Gewerbesachen lag in der gestrigen Sitzung nur ein Fall vor. Der Kellner B. beabsichtigte auf dem Grundstücke Moltkestraße 35 eine Restauration mit Gartenwirthschaft zu errichten. Da daß Polizeiamt ein öffentliches Bedürfniß nicht für nachgewiesen hielt, versagte es die Konzession. Das Polizeiamt stützte sich bei seinem ablehnenden Bescheid auf ein Erkenntniß der Rekursbehörde vom August v. J., in welchem bereits die Bedürfnißfrage für eine Gastwirthschaft in der Moltkestraße verneint war. Die von B. gegen den Entscheid des Polizeiamtes eingelegte Berufung verwarf die Rekursbehörde aus dem gleichen Grunde wie im August v. J. Die Verhältnisse in der Moltkestraße hätten sich nicht so geändert, um dem Gesuch des Rekurrenten Folge zu geben.

Auf dem gestrigen Pferdemarkt auf dem Brink an der Fackenburger Alle standen 210 Pferde zum Verkauf. Der Verkehr war sehr lebhaft.

An anzeigepflichtigen Krankheiten kamen im Monat Februar 40 Fälle beim Medizinal-Amt zur Meldung; darunter 21 wegen Diphtheritis, 18 wegen Scharlach, 11 wegen Wochenbettfieber. 2 Diphtheritisfälle verliefen tödtlich.

Der Eisbrecher „Lübeck" hat heute Morgen die Eisdecke von der Drehbrücke bis zum Traven-Pavillon aufgebrochen. Wie es den Anschein hat, denkt leider der hartnäckige Gesell, der Winter, noch gar nicht daran, daß Feld zu räumen. Der Frost ist immer noch ziemlich stark.

Von der Schifffahrt. Als zweiter Dampfer hat gestern der Dampfer „Imatra" unseren Hafen verlassen und ist nach Travemünde gelaufen. Hier hat er ebenso wie der Dampfer „Theodor Borchard" angelegt, um zu warten, bis es dem Eisbrecher „Trave" gelungen sein wird, nach der offenen See eine Fahrinne herzustellen. „Imatra" ist nach Hangö bestimmt. Es sind noch ungefähr 2 Seemeilen, welche zu durchbrechen sind; doch ist das Eis stellenweise 15—16 Zoll stark. Hoffentlich gelingt es dem Eisbrecher bald, dieses Hinderniß noch zu beseitigen. Ladebereit liegen im Hafen noch die Dampfer „Livadia", „Der Preuße", „Marie Louise", „Hansa" und „Burg". Der Dampfer „Wiborg" hat den größten Theil seiner Ladung bereits eingenommen. Sämmtliche Dampfer verlassen, so bald ihre Bestimmungshäfen offen sind, den hiesigen Hafen.

Stadttheater. In „Hamlet, Prinz von Dänemark", Shakespeares gewaltiger Tragödie wird Herr Le Seur die Titelrolle spielen. Wir wollen hoffen, daß das gedankenreiche Schauspiel zahlreich besucht wird. Wird die Umsturzvorlage Gesetz, so wird es unrettbar der Guillotine der Dunkelmänner verfallen.

Der Kassetten-Diebstahl in der Geninerstraße ist bekanntlich von dem eigenen Sohne des Bestohlenen ausgeführt. Der Dieb, ein 18jähriger Bursche, hat Werthe im Gesammtbetrage von 20000 Mark mit sich. Man glaubt, daß der junge Mann sich nach Hamburg gewandt hat, um dort erst die Papiere zu versetzen und dann nach Amerika zu gehen. Wie die „L. A." hören, war der Flüchtling in einer hiesigen Maschinenfabrik als Lehrling in Stellung, doch soll er bereits seit drei Wochen nicht mehr zur Arbeit gekommen sein. Des Morgens dagegen soll er stets zur rechten Zeit aus dem Elternhause gegangen und zur Essenszeit wieder gekommen sein, bis er am Sonntag Abend ganz ausblieb und daher zuerst sich der Verdacht, die Kassette gestohlen zu haben, auf ihn lenkte.

Eine silberne Remontoiruhr mit Goldrand, mit der Nr. 18397, wurde am Montag aus einem Hause der Königstraße gestohlen.

Einen vollständigen, braungestreiften Jaquet-Anzug, sowie einen schwarzen Frack hat am Sonntag Jemand aus einem Hause in der gr. Petersgrube entwendet. Von dem Thäter fehlt jede Spur. Die Sachen hatten in einem Schranke gehangen, welcher im Parterre stand.

Gestohlen wurde einem Knecht aus Trittau auf einer Herberge ein Packet, welches eine englisch lederne Hose, drei gestreifte, wollene Hemden, drei Paar grauwollene Strümpfe, ein Paar roßlederne Schuhe, sowie ein Paar Holzpantoffeln enthielt.

Unter der Aufschrift „Lunge und Hals" wird neuerdings vielfach ein früher unter dem Namen „Homerianthee" feilgehaltene Brustthee als Heilmittel gegen Brust- und Halskrankheiten von einem Agenten Ernst Weidemann in Liebenburg am Harz angepriesen und in Päckchen von 60 Gramm Inhalt bei einem reellen Werth von 5—6 Pfg. zum Preise von 1 Mark verkauft. Das Mittel, so berichtet das Berliner Polizeipräsidium, welches angeblich aus einer nur in Rußland vorkommenden Knöterichpflanze gewonnen wird, besteht nach sachverständiger Untersuchung aus einfachem Vogelknöterich, der an allen Wegen und oft auch in weniger verkehrsreichen städtischen Straßen zwischen den Pflastersteinen wächst. Eine spezifische Heilwirkung hat das genannte Kraut nicht.

Wem gehört die Briefmarke? Die alte Streitfrage, ob die Postbehörde oder der Adressat Eigenthümer der auf Postbestellscheinen aufgeklebten Briefmarken ist, beschäftigte in letzter Zeit wiederholt das Berliner Schöffengericht. Die Postbehörde hält es neuerdings bekanntlich mit der Praxis, diejenigen Kaufleute, die von den ihnen übermittelten Postpacketadressen die fremden Briefmarken ablösen, wegen Unterschlagung anzuklagen. Die Betreffenden haben bis jetzt in jedem Fall bestritten, daß die Postbehörde ein Eigenthumsrecht auf diese Marken habe, und behauptet, daß letztere ihr Eigenthum geworden sei und die Post nur verlangen könne, daß ihr bei der Ausfertigung der Waare auf dem Postzollamt die Packetadresse als Beleg zurückgegeben werde. Die Post hat sich früher damit begnügt, daß die Adressaten an Stelle der abgelösten Briefmarken den Vermerk setzten: „Selbst abgelöst". Später hat sie die Ablösung überhaupt verboten. Das geschah auch dem Kaufmaun J. gegenüber, welcher mehrmals solche Marken abgelöst und für sich behalten hatte. Trotz dieses Verbotes hatte er eines Tages doch wieder von einer Postpacketadresse eine drei Fr.-Marke abgelöst und diese durch eine fünf Cm.-Marke ersetzt. Diese Umwechslung wurde jedoch an der Post-Zollabfertigungsstelle wahrgenommen und gegen J. Anklage erhoben. Dieser behauptete, daß die Post gar kein Recht gehabt habe, ihm die Ablösung der Marke zu untersagen. Der Gerichtshof war jedoch mit dem Staatsanwalt anderer Meinung; er erkannte dem Adressaten nur das Eigenthumsrecht auf den für Bemerkungen 2c. vorbehaltenen Abschnitt, das Recht auf die übrige gesammte Postpacketadresse, einschließlich der Briefmarken, aber der Postbehörde zu. Der Angeklagte wurde daher wegen Unterschlagung zu fünf Mark Geldbuße verurtheilt.

Ueber den Einfluß des Tabaks auf den Schwindsuchtsbazillus. Die statistischen Erhebungen haben dargethan, daß die Zigarrenarbeiter infolge ihrer scheußlichen Arbeitsverhältnisse häufig an Tuberkulose der Lungen erkranken. Daß Tuberkelbazillen leicht von den Arbeitern auf den Tabak und die Zigarren übergehen können, läßt sich aus den üblichen Herstellungsweise der Zigarren folgern. Bei der großen praktischen Bedeutung, welche diese Angelegenheit besitzt, ist es interessant, daß der Schweizer Bakteriologe H. Kerez genaue Untersuchungen über die Haltbarkeit des Tuberkelbazillus in und auf Zigarren angestellt hat; das Resultat war, daß nur dann, wenn die mit tuberkulösem Auswurf infizirten Zigarren nicht länger als zehn Tage gelagert hatten, deren Waschwasser Tuberkulose bei Meerschweinchen zu erzeugen im stande war; bei längerer Lagerung infizirter Zigarren verloren die Bakterien ihre giftigen Eigenschaften. Dagegen vermochte die bloße Eintrocknung des tuberkulösen Sputums auf Papier unter übrigens gleichen Bedingungen die Giftigkeit der Bakterien erst in der vierten Woche zu zerstören. Nach diesen Untersuchungen liegt also für die Konsumenten die Gefahr, durch Zigarren als Zwischenträger mit Tuberkulose bedroht zu werden, nicht vor.

ab. **Travemünde.** Heimlich ausrücken wollte der hiesige Wirth des Hotel „Prinz Heinrich" mit seiner Familie. Ganz in der Stille hatte er am Montag Nachmittag mittelst Möbelwagen seine Sachen nach Hamburg schaffen lassen. Doch „des Lebens ungemischte Freude ward keinem Irdischen zu theil." Auch unserem Mitbürger nicht, der uns so schnöde verlassen wollte. In der Nähe von Hidde's Restaurant fiel der Wagen dem Hauptgläubiger in die Hände, der ihn umkehren und nach hierher fahren ließ. Die Möbel sollen für Zinsen gepfändet sein.

Eutin. Als Kandidat des Fürstenthums für den Landtag, der bekanntlich am 15. d. M. zusammentritt, gilt allgemein der Pfarrer Zeidler-Ratekau. Das ist derselbe fromme Herr, der jüngst in der Versammlung des Bundes der Landwirthe in Lübeck schwätzte: „Das (gemeint ist, daß sich das Kapitel in immer weniger Händen anhäuft) ist für die Sozialdemokraten sehr angenehm, denn je weniger Hälse abzuschneiden sind, desto leichter ist die Arbeit." Du sollst nicht falsch Zeugniß reden, wider deinen Nächsten; dieses Gebot scheint der Herr Pastor nur zu predigen, aber nicht selbst zu halten. Wir wollen nur wünschen, daß beim jüngsten Gericht „Gott der Herr" diese aus der Luft gegriffene Lüge dem Herrn Pastor verzeihen möge, damit er nicht bis in alle Ewigkeit im Höllenpfuhl braten muß.

Parchim. Dienstag machte der Kassirer der mecklenburger Kreditbank, Paris, seinem Leben durch Erhängen ein Ende. Diese That verursachte nicht geringes Aufsehen, denn schon seit einiger Zeit kursierten schlimme Gerüchte über die Sicherheit dieser Bank. Die Vermuthungen, daß der plötzliche Tod des Kassires hiermit in Verbindung zu bringen sei, bestätigten sich bald, bereits Mittwoch zeigte die mecklenburgische Kreditbank ihren Konkurs an. Ebenso erklärte auch die Firma der „Viktoria-Mühle-Ehlers und Triebsee", — Ehlers ist der Bankdirektor der Kreditbank —, ihre Zahlungsunfähigkeit. Der Kassirer Paris, der erst kürzlich 5500 Mk. in der Lotterie gewonnen und sein eigenes Kapital in der Bank angelegt hatte, wollte den Krach nicht überleben und verübte deswegen Selbstmord. Die Empörung über den Zusammenbruch der Bank ist, nach der „E.-Z.", eine sehr große, da eine große Anzahl kleinerer Bürger und Beamte ihre Ersparnisse daselbst niedergelegt hatten, und nun wahrscheinlich Alles verlieren werden. Auch Offizier der Garnison sollen in Mitleidenschaft gezogen sein. Wie hoch die Passivas sich belaufen und welche Summen für die Gläubiger zu retten sind, läßt sich vor der Hand noch nicht feststellen. Man spricht von einer Unterbilanz von circa 300,000 Mk. Der Zusammenbruch der Bank wird natürlich noch viele Existenzen ruiniren. Die Inhaber von Depositenscheinen, Sparkassenbüchern, Konto-Korrenten sind Gläubiger und gehen zu gleichen Theilen. Haftbar für die Gläubiger sind nur die Aktionäre bis zum Betrage ihrer Aktien. Soweit die Aktien nicht voll eingezahlt sind, wird zur Nachzahlung des restlichen Betrages angehalten werden müssen. Der Aufsichtsrath kann für etwaiges Verschulden in der Verwaltung haftbar gemacht werden. Diejenigen Gläubiger, welche Werthpapiere hinterlegt haben, erhalten dieselben zurück, soweit sie noch vorhanden.

Altona. Unter der Anklage der öffentlichen Aufreizung verschiedener Bevölkerungsklassen zu Gewaltthätigkeiten gegen einander stand Genosse J. Heine aus Ottensen vor dem Landgericht. Der Angeklagte soll sich des Vergehens dadurch schuldig gemacht haben, daß er ein im Dezember v. J. in 22,000 Exemplaren im 6. Schleswig-Holsteinischen Wahlkreise verbreitetes Flugblatt als Verleger gezeichnet hat. Der Antrag auf Ausschluß der Oeffentlichkeit wurde von dem

Vertheidiger, Rechtsanwalt Löwenthal, bekämpft, doch wurde derselbe angenommen. Heine erklärte auf die diesbezügliche Frage, daß er den Verfasser nicht nennen wolle und daß er jegliche Verantwortung für den Inhalt des Flugblatts übernehme. Seiner Ansicht nach enthalte dasselbe nichts, was die Anklage rechtfertige. Das Flugblatt, gerichtet an die Bevölkerung des 6. Wahlkreises, wurde verlesen. In demselben wurden die Steuerprojekte der Regierung, die Umsturzvorlage, das Verhalten der Gegner, namentlich der Agrarier und Schlotjunker, scharf kritisirt und zum Eintritt in die politische und gewerkschaftliche Organisation aufgefordert. Der Staatsanwalt suchte in längerer Rede nachzuweisen, daß das Flugblatt wohl geeignet wäre, den öffentlichen Frieden zu gefährden und zu Gewaltthätidkeiten der Besitzlosen gegen die besitzenden Klassen, namentlich gegen die Grund- und Fabrikbesitzer anzureizen. Was die Strafausmessung anlange, so müsse der Angeklagte eben so hart bestraft werden, als wenn er der Verfasser des Flugbattes wäre. Man müsse dem gewerbsmäßigen Uebernehmen der Verantwortlichkeit für Solche, welche eben zu feige wären, ihren Namen zu nennen, ganz energisch gegenübertreten. Deshalb beantrage er gegen den Angeklagten ein Jahr Gefängniß. Der Vertheidiger beantragte die Freisprechung. Das Gericht erkannte demgemäß.

Braunschweig. Der hiesige Bierboykott, der bereits schon 10 Monate dauert, scheint seinem Ende zuzueilen. Eine von 3000 Personen besuchte Versammlung am Mittwoch Abend nahm folgende Resolution an: „Die Boykottkommission aufzufordern, dem Vorsitzenden des Brauereiringes, Herrn C. Wolters folgenden Beschluß der heutigen Volksversammlung zu unterbreiten: Die hiesigen Brauereien verpflichten sich, die noch vorhandenen ausgesperrten Brauereiarbeiter innerhalb 8 Tagen in ihrem ehemaligen Berufe in den hiesigen Brauereien einzustellen. Wird dieser Beschluß von Seiten des Brauereiringes angenommen, so ermächtigt die Volksversammlung die Boykottkommission, ohne vorherige Einberufung der Versammlung den Boykott am 15. März d. J. aufzuheben. Die Bekanntgabe der event. Aufhebung des Boykotts hat durch den „Braunschw. Volksfreund" zu erfolgen.

Lübecker Stadttheater.

Lumpacivagabundus, Zauberposse von J. Nestroy. Benefiz für Herrn Max Deutschmann. Jedes Publikum hat die Bühne, die es verdient. An diesem Grundsatze lassen wir uns nicht rütteln. Man verstehe uns nicht falsch, sondern lese erst gefälligst weiter. Was kümmert sich der Philister um die große Zeit, in der wir leben? Er macht Kalauer mit Blumenthal und Kadelburg und kommt einmal so etwas wie ein frischer Luftzug aus dem zwanzigsten Jahrhundert hereingeschlagen — wie Gerhart Hauptmann Anna Mahr in „Einsame Menschen" sagen läßt — so knöpft sich der Philister zu, um von dem brausenden, tosenden Frühlingswehen nicht fortgerissen zu werden. Daß nun unsere hiesige Bühne immer und immer wieder zu Moser, Blumenthal e tutti quanti auch Nestroy greifen muß, um bei Schauspielen nur einigermaßen volle Häuser zu erzielen, ist die vernichtendste Kritik für unser Bürgerthum. das sich als kunstliebend verschreit, aber nur Mosersche Lieutenants-Pseudokunst, Blumenthalsche Kalauer als vollwerthig gelten läßt. — Zu seinem Benefiz hatte Herr Deutschmann Nestroys Zauberposse auserwählt. Der Besuch ließ nur wenig zu wünschen übrig. Scenische Effekte, hausbackene Moral, handgreiflicher Humor und lebendiges Treiben, das sind der Dinge vier, welche Nestroys „Zauberposse" auszeichnen; alle vier aber bieten uns keine Gewähr, daß „Lumpacivagabundus" unendlich höher als „Charleys Tante" steht. „Lumpacivagabundus" ist genug bekannt. Urahne, Großmutter, Mutter und Kind haben sich bereits an dem liederlichen Kleeblatt ergötzt, wir brauchen daher auf den Inhalt nicht näher einzugehen. Auch ist es bei dem großen Personalaufwand unmöglich, die Leistung jedes Einzelnen hier zu registriren. Es genügt, wenn wir bemerken, daß Jeder bestrebt war, sein Bestes zu bieten. Hervortreten mußten unbedingt die Vertreter des liederlichen Kleeblattes, Herr Magnus-Martins (Leim), Herr Kunze (Knieriem) und der Benefiziant Herr Deutschmann (Zwirn). Den Vogel unter ihnen schoß unbedingt Herr Kunze ab, der sich, abgesehen von Extravaganzen, als ein Komiker ersten Ranges entpuppte. Wir hoffen Herrn Kunze noch auf dankbarerem Gebiete, wo seine Komik, der auch nicht der kleinste Zug entgeht, besser angebracht ist. Die Inscenirung, von Herrn Valdeck besorgt, war wie immer vortrefflich. An Beifall, Lorbeerkränzen und Blumen für den Benefizianten mangelte es nicht. Werthvoller als der ganze „Lumpacivagabundus" waren uns die Einlagen im 5. Bilde, und sollte sich die Theaterleitung mit dem Gedanken tragen, Nestroys Werk Sonntags aufführen zu lassen, so möchten wir den Wunsch aussprechen, daß man auch dann diese Lieder unbedingt nicht fehlen läßt. Die Damen Schuchardt, Michel und Wehl sowie die Herren Brach und Tramsen boten jeder für sich Vorzügliches. Auch waren die vorgetragenen Sachen der Individualität jedes Einzelnen herrlich angepaßt. Ein Bann, der sich erst spät in Beifall auflöste, hielt die Zuschauer gefangen, als Herr Tramsen Erik Meyer-Helmunds eigenartiges „Dein gedenk ich Margarethe" sang. Von der Sorte mehr rufen wir aus. Die neun Lieder zu hören, war ein köstlicher Genuß.

Sprechsaal.

(Dem Publikum gegenüber ohne Verantwortung.)

(Eingesandt.)

Die Bewohner des Grundstückes Mühlenstraße 91 haben schon seit längerer Zeit unter einer sehr schlechten Atmosphäre zu leiden. Es ist nämlich bereits seit nahezu 14 Tagen die Sielleitung verstopft, sodaß die Abgänge keinen Abfluß finden können, sondern stehen bleiben und dadurch einen gerade nicht sehr angenehmen Geruch verbreiten. Die zuständige Behörde wird dringend um baldige Abhülfe gebeten. u.

Neueste Nachrichten.

Berlin. Von der Strafkammer I des Landgerichts 2 fand gestern die Verhandlung gegen den Spandauer Postdieb Staedtke, die konservative Ordnungsstütze, statt. Der Angeklagte war geständig. Er wurde zu drei Jahren Gefängniß sowie Ehrverlust von gleicher Dauer verurtheilt.

Wien. Seit dem 14. Januar wird der hier wohnhafte Rentier Eduard Rieb, aus Friedland in Mecklenburg gebürtig, vermißt. Derselbe pflegte stets 7000 bis 8000 Mark an einer Schnur um den Hals unter den Kleidern zu tragen.

London. In dem Bleibergwerk Snailbleach stürzte bei der Einfahrt ein Fahrstuhl mit 7 Arbeitern in die Tiefe, wo sämmtliche Insassen zerschmettert liegen blieben.

Madrid. Nach einer Meldung aus Huelva (Andalusien) gerieth die Grube Soliel bei Coronado in Brand. Mehrere Bergleute erstickten.

Ein neuer Bergarbeiterausstand wird wieder aus Nordamerika gemeldet. Nachdem die Unterhandlungen wegen einer Lohnerhöhung gescheitert sind, haben die die Führer der Bergleute im Distrikt Pittsburg den Ausstand angeordnet. 15000 Bergleute werden davon betroffen.

Shaughai. Die Japaner nahmen am Montag Abend Niutschuan nach heißem Kampf.

Briefkasten.

Drei Streitende. Uebt keinen Einfluß auf den Verlust des Wahlrechts aus. Im übrigen haben wir erst diese Frage vor wenigen Wochen ausführlich beantwortet.

Katholik. Anonyme Schreiben wandern in den Papierkorb.

Sternschanz-Viehmarkt.

Hamburg, 7. Mä z

Der Schweinehandel verlief ziemlich gut.

Zugeführt wurden 970 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preise: Versandschweine schwere 46—48 Mk., leichte 45—47 Mk., Sauen 40—44 Mk. und Ferkel 44—46 Mk pr. 100 Pfd.

Witterungs-Bericht.

Wasserstand und Wind in Travemünde: 8 Uhr Vorm.: 6,38 m, Still. 5° Kälte.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im „Lübecker Volksbote" inseriren, zu berücksichtigen und bei event. Einkäufen sich auf unser Blatt zu berufen.

Mein großer
Inventur-Ausverkauf
währt noch bis Anfang April.
Sämmtliche Waaren, als:
Herren- und Knaben-Anzüge
enorm billig.
Th. Faasch, Schwartau.

Schönes
Braten-Schmalz
Pfund 40 Pfg.
Aug. Scheere
Holstenstraße 27.

Halbf. Kalbfleisch, 30 u. 40 Pf.
Pa. Ochsenfleisch, 60 Pf.
Bratenstücke, 70 Pf.
Schweinefleisch, 60 u. 65 Pf.
empfiehlt **A. H. Sierks,**
Emilienstraße 16.

Kalbfleisch
à Pfund 30 und 35 Pfg.
empfiehlt
Wilh. Carstens,
Meierstraße, Ecke Dornestraße.

Empfehle meinen werth. Kunden
ganz prima junges fettes Fleisch
und sehr dicke Flohmen.
Frau **S. Becker,**
Fischergrube 23 und Dornestraße 15.

Mit dem heutigen Tage eröffne in dem Hause
15 Marlesgrube 15 (frühere Schlachterherberge)
ein
Gast- und Logirhaus
und lade Freunde und Bekannte zu freundlichem Besuche ein.
Ausschank von ff. Actien- und Culmbacher Bier.
Achtungsvoll **Paul Drewes.**

Ganz dunkle indigo blaue
Confirmanden-Anzüge
für den enorm billigen Preis pro Anzug 12 Mark.
10/4 **breite Buckskin-Reste**
ganzes Meter von 1 Mark bis 1,50 Mark.
Wallach, Sandstraße 4.

Frische Brodwurst
und
Kopffleisch
empfiehlt
Aug. Scheere
Holstenstraße 27.

Unserem lieben Schwager **Sager** zu seinem heutigen Wiegenfeste die herzlichsten Glückwünsche.
A. H. E. H.

Gefunden beim Reinfeld eine Cylinderuhr mit Kette. Gegen Erstattung der Ins.-Kosten abzuholen bei **Kaben,** Kolk 20, part.

Durch Zufall eine **Wohnung** zu 168 Mk. u. eine **Wohnung** zu 130 Mk. sind zum 1. April zu vermiethen. Näheres
Lindenstraße 43 a.

Zu verk. Parthie leere Cigarrenkisten
Friedr. Nagel, Markt 14.

Grün-Hänfling
gegen Kanarienweibchen umzutauschen.
St. Annenstraße 8, 2. Etg.

Zwei elegante Masken-Anzüge
zu vermiethen. Adlerstraße 45.

Zwei Damen-Masken-Anzüge
sind billig zu vermiethen. Depenau 41.

Zu verkaufen **ein Kleiderschrank und eine Kinder-Bettstelle.** Engelswisch 33/7.

General-Versammlung
des
Kegelklubs „Vergißmeinnicht"
am Sonnabend den 9. März 1895
Abends präcise 8½ Uhr,
im Vereins-Lokale.
T.-O.: Besprechung über die diesjähr. Ausfahrt. Wahl eines Kassirers und Schriftführers
Der Vorstand.

Einladung zum Ball
der
Vereinigten Schmiede Lübecks
am Sonntag den 10. März 1895
im
Lokale des Herrn Neumann (Berliner Hof).
Anfang 4 Uhr Nachm. Ende 4 Uhr Morg.
Entree 60 Pfennig.
Um rege Betheiligung bittet
Das Comitee.
NB. Vorverkauf der Karten bei Herrn **Neumann, Berliner Hof.**

Club Fidelitas.
Montag den 11. März,
Abends 9 Uhr,
General-Versammlung
im Club-Lokal.
T.-O.: Abrechnung der Sterbekasse für Männer und Frauen — der Unterstützungskasse — der Vergnügungskasse; Vorstandswahl; Verschiedenes.
Der Vorstand.

Club Fidelitas.
Sonntag den 10. März:
Gesellschafts-Abend
in der
Tivoli-Halle.
(Eingang Gewerkvereinssaal).
Anfang 6 Uhr. Einführung gestattet.
Der Vorstand.

Stadttheater in Lübeck.
Sonnabend den 9. März:
104. Abonnements-Vorstellung. 2. Serie: Gelb.
(Die 103. findet Sonntag den 10. statt).
Anfang 7 Uhr. Schauspielpreise.
Hamlet
Sonntag den 10. März,
Nachm. 3½ Uhr,
17. Vorstellung zu halben Preisen.
Die Räuber.
Abends 6½ Uhr:
Letzte diesjährige Doppel-Vorstellung
zu einfachen Kassenpreisen.
103. Abonnements-Vorstellung. 1. Serie: Blau.
Hänsel und Gretel.
Lumpaci vagabundus.
Opernpreise.
Montag den 11. März:
Ausser Abonnement.
Benefiz für Hrn. Ed. Le Seur
Anfang 7 Uhr. Schauspielpreise.
Kean
oder
Leidenschaft und Genie.

Verantwortlicher Redacteur: Otto Friedrich. Druck und Verlag: Friedr. Meyer & Co., beide in Lübeck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 58. Sonnabend, den 9. März 1895. 2. Jahrgang.

Der deutsche Schauspielerstand und die Sozialdemokratie.

Um der über alle Begriffe schamlosen Ausbeutung, welche das Unternehmerthum in der Kunst an den Schauspielern und Schauspielerinnen übt, ein wenig zu steuern, haben unsere Parteigenossen Robert Schmidt und Reißhaus bei Berathung der Gewerbe-Ordnungs-Novelle einige Anträge im Reichstage eingebracht, welche namentlich das famose Kontraktwesen etwas menschenwürdiger gestalten sollen. Hierzu ist ihnen eine von 59 Mitglidern des Solo-, Chor- und Orchesterpersonals des Wiesbadener Hoftheaters unterzeichnete Zuschrift zugegangen, die folgenden Wortlaut hat:

„Gestatten Sie, daß Endesunterzeichnete, welche in der Zeitung die von Ihnen im Reichstage eingebrachten Anträge gelesen haben, „die das Verhältniß der Bühnen-Angestellten zu den Unternehmern regeln sollen," Ihnen für die Theilnahme, welche Sie dem deutschen Schauspielerstande entgegenbringen, den herzlichsten und innigsten Dank abzustatten. Daß Theaterangehörige der Willkür eines oft unfähigen und mittellosen Unternehmers überlassen sind, ist eine traurige Thatsache, und sollte man glauben, daß der gesammte deutsche Schauspielerstand sich aufgerafft hätte, um eine Aenderung der Verträge durchzusetzen, die auch den Schauspielern Rechte giebt, damit sie nicht vollkommen macht- und wehrlos, daß die kontraktlichen Rechte und Pflichten gegenseitige sind. — Aber leider sind die Schauspieler in der Welt so zerstreut, auch von ihren Unternehmern derart abhängig, daß sie sich zu einem gemeinschaftlichen Schritt nicht aufraffen konnten, denn die Betreffenden, welche sich an einem derartigen Schritt betheiligen, würden dadurch nur zu leiden haben, aber garnichts ausrichten, weil ein Vorgehen „sämmtlicher" Bühnenangehöriger ausgeschlossen ist. — Und warum das? Weil viele auf eine Aenderung der Verhältnisse durch die „Genossenschaft deutscher Bühnenangehöriger" hoffen, was nie geschehen wird. Den Grund hierfür werden wir weiter untenstehend angeben. — Durch die Nutzlosigkeit derartiger Versuche, sich von den Unternehmern zu emanzipiren und sich wenigstens einige Rechte zu sichern, hat sich der Bühnenangehörigen eine gewisse Mattigkeit und Resignation bemächtigt, daß sie ruhig zusehen, wie sie oft von ihren Direktoren ausgebeutet werden. — Jeder Jurist und jeder, der unsere Kontrakte liest, sagt: „Wie ist es möglich, daß deartige Kontrakte überhaupt bestehen können und dürfen? — „Wie können Sie dergleichen unterschreiben?" — Ja! Unterzeichnet Herr A. und B. den seltsamen Vertrag nicht, der üblich ist, so thut es eben ein anderer, und A. und B. sind glatt herausgesagt brodlos, oder sie müssen Charakter Charakter sein lassen und, nachdem sie genug gehungert haben, klein beigeben und doch das unterzeichnen, was man ihnen vorlegt, um eben nicht existenzlos zu sein.

Die „Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger" genießt den Ruf einer vortrefflichen Institution und mit Recht, aber nur als Pensionsanstalt, weil die Einnahmen durch Beiträge der Pensionsberechtigten und vor allen Dingen durch die Nebeneinkünfte sehr große sind. — Nebeneinkünfte?! — Das sind die Benefize, welche die Intendanten und Direktoren zu Gunsten der qu. Genossenschaft geben und diese Einnahmequelle wird vermindert, oder besser gesagt, versiegen, falls die qu. Genossenschaft eben zu unseren Gunsten eintritt und durch Aenderung der Verträge und sonstige Kalamitäten unsern Stand hebt und von den großen und kleinen Uebeln, die ihn auch gesellschaftlich herabdrücken, befreit. Wir nahen uns Ihnen, hochgeehrte Herren, heute mit dem größten Vertrauen; Sie bringen unserm Stande Sympathien entgegen; wir danken nochmals aufs herzlichste dafür und bitten Sie, bewahren Sie uns diese Sympathien, versuchen Sie es im Reichstage durchzusetzen, daß unsere Volksvertreter unsere Kontrakte prüfen, daß Sie es hören, was Wenige wissen, daß uns das Gesetz Rechte giebt.

Wenn Sie irgend welches Material, d. h. Verträge, welche den Schauspielern zur Unterschrift vorgelegt, Strafen, welche ihnen auferlegt werden und die in keinem Verhältniß zu ihrem Einkommen stehen, oder Auskunft über sonstige Unzuträglichkeiten wünschen, so stehen wir Ihnen mit Vergnügen zur Verfügung und bedarf es nur einiger Zeilen und werden Ihnen die nöthigen Beweise sofort zugehen.

Im Voraus sagen wir Ihnen unseren tiefgefühltesten Dank für alle Mühe, die Sie auf sich nehmen, um uns zu helfen.

In der Hoffnung, daß unserer gerechten Sache Hülfe wird, zeichnen 2c. (Folgen sämmtliche Unterschriften.)

In einer Zuschrift, die der Schauspieler Herr Willy Martini an das Berliner „Fremdenblatt" richtet, wird noch mitgetheilt, daß eine Kopie dieser Adresse an 50 verschiedene Bühnen mit dem Ersuchen um weitere Namensunterschriften abgegangen ist, und daß ferner an den Reichstag eine Petition gerichtet ist, deren Kopie 120 an verschiedenen Bühnen angestellte Schauspieler zu dem Zweck erhalten haben, weitere Unterschriften zu sammeln. In der Petition wird der Reichstag gebeten, den Anträgen Schmidt und Reißhaus zuzustimmen.

Soziales und Partei-Leben.

Der Vorstand des deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Stuttgart erläßt folgende Bekanntmachung:

Hiereurch theilen wir mit, daß die am Sonntag den 27. Januar 1895 abgehaltene gemeinschaftliche Sitzung des Vorstandes mit einem Vertreter des Ausschusses, an der Theil nahmen die Vorstandsmitglieder W. Conrad, A. Friz, J. Haug, Emil Pfeiffer, A. Schlicker, A. Spießl, C. Stirm, Th. Werner, und als Vertreter des Ausschusses in Frankfurt a. M. dessen Vorsitzender A. Peterhaus, folgenden

Beschluß

faßte:

Der derzeitige erste Vorsitzende des deutschen Metallarbeiter-Verbandes, August Junge, wird wegen verschiedener ihm zur Last fallender Unzuverlässigkeiten und das Ansehen des deutschen Metallarbeiter-Verbandes schädigender Handlungen mit heutigem durch gemeinschaftlichen Beschluß des Vorstandes in Gemäßheit des § 13 Abs. 6 des Statuts seines Amtes als erster Vorsitzender des deutschen Metallarbeiter-Verbandes enthoben. Von einer Neubesetzung dieses Amtes wird Abstand genommen und diese der zweiten ordentlichen General-Versammlung in Magdeburg überlassen.

Indem wir diesen Beschluß zur Kenntniß bringen, ersuchen wir, sich bei Sendungen an den Verband nicht mehr der Adresse A. Junge bedienen zu wollen.

Siegreich beendeter Boykott in München. Die Münchener Genossen haben am Montag den über die Münchener Kindlbrauerei verhängten Boykott aufgehoben. Die Direktion stellte ihnen die Säle der Brauerei durch Vertrag zur Verfügung.

Pforzheim. Bei der Gewerbegerichtswahl haben unsere Genossen einen glänzenden Sieg über den Ordnungsbrei errungen. Der Wahlzettel der Sozialdemokratie erhielt 1648 gegen 160 Stimmen der vereinigten „Christlich-Sozialen."

Lübeck und Umgegend.

7. März.

Eintragungen in das Handelsregister. Am 6. März 1895 ist eingetragen auf Blatt 44 bei der Firma August Raspe: Die offene Handelsgesellschaft ist aufgelöst. Die Firma ist erloschen; auf Blatt 1816 die Firma Otto Haukohl. Ort der Niederlassung: Lübeck. Inhaber: Otto Julius Haukohl, Kaufmann in Lübeck; auf Blatt 1817 die Firma: Hugo Hammje. Ort der Niederlassung: Lübeck. Inhaber: Hugo Louis Theodor Hammje, Kaufmann in Lübeck.

Die Hanseatische Anwaltskammer hält am Sonntag, den 17. März 1895, Nachmittags 2 Uhr, im Bürgerschaftssaale des Rathhauses eine Versammlung ab.

Nach langem, schweren Leiden starb am Mittwoch in Kiel der Mühlenbesitzer Henry Martens. Dem Entschlafenen wird von seinen Arbeitern und Angestellten das beste Lob ausgestellt. Wo er die Interressen seiner Arbeiter vertreten konnte, that er dies mit voller und freudiger Hingebung; auch in weiteren Kreisen der Arbeiter wird ihm dies und manches andere Gute nachgerühmt. Sein Grundsatz war: „Ein Arbeitgeber muß für Arbeiter ein Schutz- und Schirmherr sein", und dies hat er zur Genüge, ohne ein Wort des Dankes entgegen zu nehmen, häufig bewiesen. Arbeiter, die ihre Arbeitskraft in der guten Geschäftszeit für ihn in die Schanze geschlagen hatten, wurden auch in der Geschäftsflauheit nicht entlassen! Ein entschiedener Gegner der langen Arbeitszeit setzte er sein volles Vertrauen auf die Arbeiten in der Reichstagskommission über die Erhebungen im Müllergewerbe, um der Ausbeutung einen Riegel vorzuschieben. Sehr wenige solcher Arbeitgeber sind auf dem weiten Industriefeld zu finden. Seine Arbeiter, welche fast alle Jahre lang, einige jahrzehnte lang, bei ihm beschäftigt sind, beklagen den Hingang dieses Mannes aufs Tiefste.

Dem Schlachthause sind als Marktvieh im Monat Februar 177 Ochsen und Bullen, 257 Kühe und Starken, 196 fette Kälber, 284 nüchterne Kälber, 33 Lämmer, 2 Ziegen, 1473 Schweine, 314 Schafe, zusammen 2736 Thiere zugetrieben worden.

Oeffentliches Schlachthaus. Es wurden im Monat Febr. 1895 geschlachtet: Ochsen 182, Bullen 40, Kühe und Starken 377, fette Kälber 394, nüchterne Kälber 989, Lämmer 34, Ziegen 7, Schweine 1927, Schafe 321, Pferde 51, zusammen also 4317 Thiere, gegen 3993 Thiere in demselben Monat des Vorjahres. Von den geschlachteten Thieren wurden als ungeeignet zur menschlichen Nahrung befunden, mit Beschlag belegt und vernichtet: 4 nüch

Folly Morrison.

Roman von Frank Barett.

Autorisirte Uebersetzung von A. Geisel.

(16. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Als sie heimkamen, holte der Portier den alten Strumpf hervor, welcher bei ihm als Sparbüchse fungirte, und gab dem Mädchen 25 baare Pfund Sterling, wogegen er den Check an sich nahm. Als er kurz darauf das Zimmer verließ, sagte Folly zu der Frau des Portiers:

„Euer Mann ist brav und gut, aber auch unklug; wenn man ihm Geld geben will, nimmt er's einfach gar nicht."

„Ja, er war immer albern," sagte die Frau, die nicht an überflüssigem Zartgefühl litt.

Folly griff in die Tasche, nahm den Betrag von 20 Pfund Sterling heraus und reichte die Summe der Frau mit den Worten:

„Steckt das Geld zu dem andern Ersparten und redet nicht weiter davon!"

„Aber Fräulein," rief die Frau erschrocken, „so viel haben wir doch nicht verdient."

„Doch, — wenn Euer Mann nicht gewesen wäre, hätte ich die schönen Blumen heute nicht bekommnn — ich wäre ohne ihn nicht engagirt worden, also nehmt's nur ruhig!"

Die Portiersfrau war nicht albern — sie steckte das Geld in den Strumpf und als der Mann die Vermehrung des Schatzes entdeckte und erst erfuhr, wem er dafür zu danken habe, ruhte das Weib nicht eher, bis er seine Anwandlung, den Schatz zurückzuerstatten, aufgegeben hatte.

Am Sonntag besuchte Folly die Schneiderin, welche ihr Kostüm gemacht hatte, und schenkte ihr die fünf Pfund Sterling, welche noch von den 25 übrig waren. Für sich selbst behielt sie nur die wenigen Schillinge, welche von dem ersten Gehalt übrig geblieben waren. Dann fühlte sie sich glücklich.

Als Folly am Montag Abend das Theater verließ, stand der Menagen auf der Treppe und plauderte mit einem reichen Gönner der Bühne. Evans hielt das junge Mädchen an.

„Folly", sagte er, weshalb tragen Sie denn jetzt noch immer das schreckliche Kattunkleid? Sie hätten sich doch schon längst eine bessere Toilette anschaffen müssen!"

„Ich habe gar kein Geld dazu", sagte Folly leicht erröthend.

„Kein Geld? Haben Sie denn meinen Brief nicht erhalten?"

„Den Brief mit dem Check von 25 Pfund Sterling — o ja! Aber ich habe das Geld gestern gleich ausgegeben."

Evans schlug die Hände über den Kopf zusammen, während der dicht neben ihm stehende Edelmann hell auflachte.

Jetzt fühlte Folly sich verletzt. „Was nützt das Geld, wenn man's nicht ausgiebt?" meinte sie stirnrunzelnd.

„Nun, ich muß gestehen, daß sie sich auf's Ausgeben gut verstehen," entgegnete Herr Evans nicht ohne Vorwurf.

„Das will ich hoffen!" sagte Folly stolz.

Der Herr, welcher vorhin mit dem Pächter gesprochen, hatte dieser Unterhaltung mit größtem Behagen gelauscht; jetzt zog er sein Visitenkarten-Etui aus der Tasche und schrieb eine Zeile auf eine Karte, worauf er sich an Folly wandte:

„Kennen Sie ein anständiges Geschäft, wo man Kleider kaufen kann?"

„O ja; in Piccadilly, in der Nähe des Zirkus ist ein sehr gutes Geschäft für dergleichen."

„Ah richtig — Sie sprechen von der Firma Svan u. Edgar."

„Ich habe dort ein sehr schönes seidenes Tuch für ein Pfund Sterling gekauft."

„Ich sollte denken, daß das Tuch zu diesem Preise hübsch sein kann!" meinte der Edelmann lächelnd. „Also machen Sie uns das Vergnügen, nochmals in jenes „gute" Geschäft zu gehen und sich dann dort für meine Rechnung eine schöne Toilette zu kaufen. Hier haben Sie meine Karte, welche Sie im Geschäfte abgeben wollen."

„Ich danke," sagte Folly kühl, indem sie sich zum Gehen wandte. „Ehe ich mir eine neue Toilette schenken und mich dafür auslachen lasse, trage ich lieber meine alten Sachen weiter!" Und mit einer würdevollen Verbeugung ließ Folly die Herren stehen und entfernte sich. Der Edelmann indeß eilte ihr schleunigst nach und sagte sanft:

„Verzeihen Sie mir bitte — ich wollte Sie nicht kränken; ich kam expreß hierher, um Ihnen zu sagen, wie unvergleichlich schön Sie am heutigen Abend getanzt haben."

Diese Worte besänftigen Folly sofort und als der Fremde ihr nochmals die Karte bot, und sie ersuchte, sich einige hübsche Toiletten anzuschaffen, weigerte sie sich nicht länger.

Als sie dem Portier die Karte vorwies und ihn fragte, wieviel dieser Check werth sei, erklärte er ihr, unter Um

lerne Kälber wegen Unreife. Im Dampf-Desinfector wurden gekocht: 1 Ochse, 2 Kühe, 7 Schweine wegen Tuberkulose. Bedingungsweise freigegeben (nicht abgestempelt) und zwar: Im Schlachthause gepökelt: 1 Ochse wegen Finnen. Für die Thiere des Zoologischen Gartens: 1 Pferd wegen Abzehrung und mißfarbiger Beschaffenheit des Fleisches. Bei den übrigen geschlachteten Thieren sind 487 einzelne erkrankte Organe beschlagnahmt und unschädlich beseitigt worden. Ferner wurden 1239 Kilogramm Fleisch auswärts geschlachteter Thiere im Schlachthause untersucht. Im Monat Februar 1894 wurden 1022 Kilo Fleisch untersucht.

Bürgerausschuß. Sitzung vom 6. März. Der Wortführer theilte aus den Protokollen des Senats mit, daß vom Senat zum bürgerlichen Deputirten bei der Steuereinschätzungskommission für die Vorstadt St. Lorenz an Stelle des abtretenden H. P. F. Evers aus den vom Bürgerausschuß Vorgeschlagenen, F. H. D. Freytag erwählt ist. Des Weiteren lagen folgende Senatsanträge vor: 1.) F[illegible]lung der im laufenden Jahr auszuführende[illegible] [illegible] der Stadt; 2.) Festsetzung der im Jahr 1895 in den Vorstädten auszuführenden Wegearbeiten; 3.) Verlegung der öffentlichen Badeanstalt am Rosenwall nach der Obertrave oberhalb der St. Lorenz-Badeanstalt. Dieser letzte Senatsantrag wurde an eine dreigliedrige Kommission, welche aus den Herren Blunck, Dr. Gädcke, Stolterfoht, (Ersatzmann Dr. Hofstaetter) besteht, verwiesen. 4.) Bewilligung von 1000 Mark auf ein weiteres Jahr als Beihilfe zur Einrichtung eines Vorbereitungskursus' für Seedampfschiffs-Maschinisten durch den Ingenieur L. Kreymann; 5.) Bewilligung von 6000 Mark zur Vergrößerung der Räume des Operationssaales im Krankenhause; 6.) Nachbewilligung von 510,45 Mark zu den Kosten des Hanseatischen Oberlandesgerichts; 7.) Der Etat der Verwaltungskosten des Hauptzollamtes für 1895/96; 8.) Bewilligung von 3300000 Mark zum Bau des Elbe-Trave-Kanals an die Kanalbau-Behörde für die Zeit vom 1. April 1895 bis 31. März 1896; 9.) Anstellung von zwei pensionsberechtigten Bureaubeamten beim Katasteramte. Zur Mitgenehmigung durch die Bürgerschaft wurden die Anträge 1, 2, 7, 8 und 9, die übrigen Anträge wurden mit Ausnahme des unter 3 genannten zustimmig erledigt. Als letzter Punkt der Berathung stand die Senatsvorlage vom 9. Dezember 1893, die Neuordnung der Baupolizeiordnung betreffend. Zu diesem Punkte lag ein gedruckter Kommissionsbericht vor, welcher die Ablehnung der Vorlage empfahl. Nach längerer Berathung der Senatsvorlage beschloß der Bürgerausschuß mit 17 gegen 7 Stimmen, die Vorlage der Bürgerschaft gutachtlich zur Annahme zu empfehlen.

Als Arbeitgeber im Sinne des Krankenversicherungsgesetzes vom 10. April 1892 ist, nach einem Urtheil des Reichsgerichts, II. Strafsenats, vom 9. Oktober 1894, Derjenige zu erachten, der selbstständig den Arbeitnehmern die Beschäftigung gewährt und sie auf seinen Namen zur Krankenkasse anmeldet, auch wenn er nicht der Unternehmer ist, für dessen Rechnung die Arbeit erfolgt.

Von der Gemeindeversammlung in Siems ist der bisherige Vorsitzende des Gemeindevorstandes, Hufner A. H. Steen, in gleicher Eigenschaft auf die gesetzliche Amtsdauer von 6 Jahren wiedergewählt worden. Die Bestätigung dieser Wahl ist durch das Stadt- und Landamt erfolgt.

Kiel. Wegen Beleidigung des Kommandos des Panzerschiffes „Friedrich der Große" hatte sich vor der hiesigen Strafkammer der Redakteur der „Schleswig-Holsteinischen Volks-Zeitung", Genosse Klüß, zu verantworten. Es handelte sich um eine im Oktober 1893 dem „Hamburger Echo" entnommene Notiz, in der der Maschinist Riemenschneider aus Hamburg die Zustände, insbesondere die Mißhandlungen bei der Marine schilderte. Obwohl nun von mehreren Zeugen die einzeln angeführten Thatsachen bestätigt wurden, ja der Zeuge Schweers sogar unter Eid erklärte, daß er der Vorschrift zuwider zwei Stunden hätte baumeln müssen, ohne mit der Hacke den Fußboden zu berühren, war dennoch der Gerichtshof der Meinung, daß der Wahrheitsbeweis nicht gelungen war und verurtheilte den Angeklagten zu 3 Monaten Gefängniß. Der Antrag des Statsanwaltes Mensching lautete auf 2 Monate Gefängniß.

Achtung! Der Arbeiter Adolf Pannewitz aus Itzehoe, dessen jetziger Aufenthalt unbekannt ist, wird dringend gebeten, seinen Aufenthaltsort an Unterzeichneten gelangen zu lassen, da er in einer wichtigen Angelegenheit zeugen soll.

W. Kellermann,
Itzehoe, Große Paschburg 17.

Alle arbeiterfreundl. Blätter werden um Abdruck gebeten.

Harburg. Der Fall Hirschfeld im Reichstage. In der Reichstagssitzung am Montag brachte Bebel u. A. auch die Angelegenheit unseres Genossen Dr. Hirschfeld zur Sprache, der bekanntlich wegen seiner sozialdemokratischen Gesinnung aus den Listen der Offiziers-Aspiranten des Sanitätskorps gestrichen worden ist. Der Kriegsminister behauptete, Dr. Hirschfeld habe sich in Harburg hervorragend an der sozialdemokratischen Agitation betheiligt und seinem Sohne sogar verboten, eine andere als eine rothe Fahne zu tragen. Das hiesige „Volksblatt" konstatirt demgegenüber, daß Dr. Hirschfeld bis zu seiner Maßregelung in der sozialdemokratischen Partei Harburgs weder ein Amt bekleidet noch je einen Vortrag gehalten, noch sonst sich irgendwie an der Organisation betheiligt hat. Die Geschichte von dem Sohne und der rothen Fahne beruhe auf Biertischklatsch, der vom Kriegsminister im Reichstage aufgewärmt worden sei. Die Militärbehörde habe trotz eifrigster Nachforschung in dieser Sache nicht einen Zeugen auftreiben können, weil eben an diesem ganzen Klatsch kein wahres Wort ist. Herr Dr. Hirschfeld erklärt uns, daß diese Angaben der Wahrheit vollständig entsprechen. Nach Erscheinen des stenographischen Reichstagsberichtes werde er eine Erwiderung auf die unwahren Behauptungen des Herrn Kriegsministers veröffentlichen.

Schwerin. Anläßlich des Falles des verstorbenen früheren Reichstagsabgeordneten Wiggers verbietet der Oberkirchenrath durch Verordnung allen Geistlichen des Landes die Betheiligung an Leichenverbrennungsfeiern sowie Urnenbeisetzungen auf Friedhöfen.

Aus Nah und Fern.

In der bekannten Schlachthausangelegenheit zu Hannover hat die dortige Schlachterinnung eine vertrauliche Versammlung abgehalten, in welcher über die Bedingungen unter denen ev. ein Vergleich mit dem Magistrat zu Stande kommen könne, Beschluß gefaßt werden sollte. Wie verlautet, ist die große Mehrheit der Schlachter für einen Vergleich in Güte eingetreten und ist ein dementsprechender Antrag angenommen worden. Das Angebot des Magistrats, auf Grund dessen die Berathungen stattfanden, soll im Wesentlichen in Folgendem bestehen: „Das Schlachthaus fällt im Jahre 1905 an die Stadt gegen eine Zahlung von 800,000 Mk. Hiervon werden 600,000 Mk. sofort gezahlt, und an 104 Fleischerinnungsmeister vertheilt. Der Rest wird in Posten von je 100,000 Mk. in den Jahren 1900 und 1905 gezahlt und soll in die Schlachterinnungskasse fließen. Die bis jetzt gehabten Prozeßkosten bezahlt die Stadt." Damit wäre denn also wohl die Streitaxt begraben.

Berlin. Ein Eifersuchtsdrama spielte sich Mittwoch früh in dem Hause Kronenstraße 8 ab. Dort hat ein Ingenieur Wieden einen Kommis Müller zu tödten versucht und sich dann selbst erschossen. Der 29 Jahre alte Ingenieur Paul Wieden wohnte mit dem 36jährigen Kaufmann Fritz Müller bis Weihnachten v. J. Krausenstr. 26 bei einer Kaufmannswittwe B. Beide lernten die 19 Jahre alte Tochter ihrer Wirthin kennen und verliebten sich beide in das Mädchen. Fräulein B. verlobte sich zu Weihnachten mit dem Ingenieur, löste aber das Verhältniß vor einigen Tagen wieder. Da nun Wieden bemerkt zu haben glaubte, daß seine frühere Braut sich Müller zuwende, so beschloß er, von Eifersucht geplagt, den bevorzugten Nebenbuhler und dann sich selbst zu erschießen. Er suchte am Mittwoch Morgen gegen 8½ Uhr in großer Erregung den Müller in seiner Wohnung auf. Als Müller den Nebenbuhler erblickte, rannte er an dem Eingetretenen vorbei nach der Küche seiner Wirthsleute. Bevor er aber in Sicherheit war, zog der Fremde einen Revolver und jagte Müller eine Kugel in den Hals. Müller erreichte die Küche, wo er sich einschloß. Der Knall des Schusses hatte den Wirth Müller's, den Schneider Meister, aus seinem Zimmer gelockt, und bei seinem Anblick entfloh Wieden eiligst die Treppen hinab. Meister verfolgte ihn. Auf der Mitte der Treppe vom dritten zum zweiten Stock machte der Fliehende einen Augenblick Halt, richtete die Waffe gegen sich selbst und jagte sich selbst eine Kugel in die rechte Schläfe. Er war sofort todt. Die Verwundung Müller's scheint trotz des großen Blutverlustes nicht lebensgefährlich zu sein, wenn auch das Geschoß noch im Halse sitzt.

Ein Ständchen durch — den Fernsprecher! Jüngst feierte der in der Invalidenstraße in Berlin wohnende Kaufmann H. seinen 50. Geburtstag, zu welcher Festlichkeit sich eine größere Anzahl Gäste eingefunden hatte. Da die Wohnräume zu klein waren, um all' die Erschienenen aufzunehmen, so begab sich die Gesellschaft, unter Führung des Geburtstagskindes nach dem H.'schen Restaurant in der Brunnenstraße, um hier den Abend zu verbringen. Gegen 9 Uhr wurde der Kaufmann, der einen Fernsprecher besitzt, aus seiner eigenen Wohnung angeklingelt; neugierig trat Herr H. an das Telephon des Restaurants heran und nannte seinen Namen. „Stehen bleiben, zuhören!" erscholl es aus der Muschel und dann vernahm das Geburtstagskind aus der Hörmuschel die vollen Töne eines Hornmusik-Quartetts, welches per Distance den „Tag des Herrn" und andere weihevolle Lieder prachtvoll exekutirte. Das musikalische Räthsel war nach Schluß des Konzerts per Telephon schnell gelöst; Freunde des Geburtstagskindes hatten demselben in seiner Wohnung ein Ständchen bringen wollen, Herrn H. aber nicht zu Hause getroffen. Nachdem das Quartett gehört, wo sich der Freund befand, klingelte man das Restaurant an und konzertirte nun nach der Brunnenstraße, wohin sich die Theilnehmer des Ständchens schließlich auf eine Einladung des Geburtstagskindes nachher begaben.

Der Prozeß gegen den ehemaligen Reichstagsabgeordneten Leuß wegen Verleitung zum Meineid und gegen Dr. Schnutz wegen Meineid beginnt nächsten Sonnabend vor dem Schwurgericht in Hannover.

---

ständen könne eine solche carte blanche einen großen Betrag bedeuten, und sie sei ein Glückskind. Folly bat die Kostümschneiderin, sie zu Svan und Edgar und begleiten und hier suchte sie sich zwei eben so kostbare als schöne Toiletten aus. Die Schneiderin hielt es doch für gerathen, anzudeuten, der Preis könne dem Herrn vielleicht zu hoch sein; doch da lachte Folly hell auf und meinte, wenn man Jemandem eine Freude machen wolle, sei der Preis Nebensache.

So wurden denn die Toiletten eingepackt und Folly zugeschickt — die Rechnung aber, die der Edelmann erhielt, ließ diesen [illegible] in Zukunft etwas vorsichtiger [illegible] jungen Tänzerin ca[illegible] versucht fühlen sollte.

Die Schneiderin war Folly unendlich sympathisch, und so schlug sie ihr vor, gemeinschaftlichen Haushalt zu führen, auf welchen Plan Frau Clip denn auch sehr gern einging.

Die eleganten Toiletten zogen eine Masse von Ausgaben für Stiefel, Handschuhe u. s. w. nach sich und als Folly zum ersten Mal in vollem Glanz ausging, hatte sie etwa fünfzehn Pfund Sterling Schulden. Dieser Umstand indeß machte ihr keine Sorgen; sie wurde allgemein bewundert, und sobald sie wieder ihren Gehalt bekam, konnte sie ihren Verpflichtungen gerecht werden.

Hatte doch Herr Evans ihren Gehalt schon nach Ablauf der zweiten Woche verdoppelt. Sie bildete den Hauptanziehungspunkt in dieser Saison und Herr Evans war klug genug, zu wissen, daß er nur Folly diesen Erfolg, der seine Kasse schwellte, zu danken hatte.

Follys kleiner Salon entbehrte nie des Blumenschmucks, denn kein Abend verging ohne derartige Spenden für die schöne Tänzerin. Aber dank den Lehren und Mahnungen ihrer Genossin der braven Frau Clip blieb das junge, gänzlich unerfahrene Mädchen davor bewahrt, diesen Aufmerksamkeiten irgend eine Bedeutung beizulegen. Frau Clipp machte Folly begreiflich, daß die jungen Herren, welche ihr Blumen und Kränze zuwerfen ließen, früher oder später ihren Lohn fordern würden und Folly mit ihrem hellen Auge und offenen Verstand lernte bald genug diese Danaergeschenke nach ihrem wahren Werthe schätzen. Dagegen bewahrte sie jenes erste Bouquet Esperanzas wie ein Heiligthum auf und mit rührender Dankbarkeit gedachte sie aller, die ihr die Pfade zu Glück und Ruhm geebnet hatten. Aber auch anderer gedachte sie — sie sandte eines der riesigen Plakate, die ihr Auftreten ankündigten, an Frau Peter Fernandez und fügte der Sendung jene Kleider bei, in welchen sie nach London geflohen war.

---

12. Kapital.

Schloß Aveling, der Wohnsitz des Barons Aveling, der bei den Schicksalen der Familie Morrison eine so verhängnißvolle Rolle spielte, lag etwa einen Büchsenschuß entfernt von Tangley, einem freundlichen Dörfchen, welches in der Richtung nach Chortsey lag. Die Dorfkirche erhob sich auf einem Hügel, an dessen Fuß das Pfarrhaus stand, ein altes, aber durch und durch wohnliches und behagliches Gebäude. Der daran stoßende Garten, welcher zur Sommerszeit einer Rosenwildniß glich, war das Entzücken der Maler, welche das Land je zuweilen unsicher machten, während die reichbeladenen Obstbäume der Dorfjugend eine unerschöpfliche Quelle des Genusses bildeten. Das Schloß war in Tangley eingepfarrt und der jeweilige Schloßherr übte das Patronatrecht über die Pfarre aus. Die Schloßdienerschaft wurde dazu angehalten, sowohl Vormittags wie Nachmittags allsonntäglich die Kirche zu besuchen; dagegen ließ sich Sir Aveling selbst meist am Morgengottesdienst genügen und auch die Pächter der zum Schosse gehörigen Güter richteten sich in diesem Punkte nach ihrem Gutsherrn.

Zu Ende der sechziger Jahre hatte der Schloßherr einen ganz jungen Geistlichen zum Pfarrer in Tangley ernannt, und zwar verdankte Richard Vane diese seine Ernennung nicht etwa seiner geistlichen Begabung, welche der Baron damals noch gar nicht kannte, sondern dem Umstand, daß der junge Geistliche in Oxford dem einzigen Sohn des Schloßherrn, Roland Aveling, das Leben gerettet hatte. Roland war beim Rudern der Mühle von Burley zu nahe gekommen; die Strömung hatte sein Boot erfaßt und wie eine Kaffeemühle im Kreise herumgedreht. Nur dem energischen Eingreifen Richard Vanes hatte es der junge Baron zu danken, daß er nicht in die Triebräder gerieth und elend zu Grunde ging. Später fand Richard Gelegenheit, Roland Aveling noch aus mancher, in ihrer Art kaum minder bedenklichen und gefährlichen Situation zu retten; denn die Entwicklung, wie Rolands Temperament brachte ihn oft in recht fatale Lagen.

Sir Aveling war selbstverständlich von heißer Dankbarkeit gegen den Retter seines Sohnes erfüllt und da gerade um diese Zeit die Pfarre in Tangley durch den Tod des Geistlichen, welcher diese Stelle bisher bekleidet hatte, frei wurde, übertrug der Baron kraft seines Patronatsrechts dieselbe dem jungen Prediger Richard Vane, der kurz zuvor ordinirt worden war. Der junge Pfarrer war überglücklich, hauptsächlich weil es ihm jetzt möglich wurde, seiner einzigen Schwester Margarethe, welche eine Stelle als Gouvernante in einer Familie in London innehatte, eine Heimath zu bieten und so begannen denn die Geschwister, welche mit zärtlicher Liebe aneinander hingen, ihren gemeinsamen Haushalt in dem hübschen, freundlichen Pfarrhaus.

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich — Druck und Verlag: Friedr. Meyer & Co., beide in Lübeck Große Altefähre 35/37.